MANNHEIMER ZENTRUM FÜR EUROPÄISCHE SOZIALFORSCHUNG

Working Paper

Nähe und Richtung als Kriterien der Politikwahl

Probleme der empirischen Messung am Beispiel deutscher Bundestagswahlen

Franz Urban Pappi
Jens Brandenburg
Susumu Shikano

UNIVERSITÄT MANNHEIM

Franz Urban Pappi
Jens Brandenburg
Susumu Shikano

Nähe und Richtung als Kriterien der Politikwahl

Probleme der empirischen Messung am Beispiel deutscher Bundestagswahlen

Arbeitspapiere – Working Papers

Nr. 115, 2008

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Pappi, Franz Urban:

Nähe und Richtung als Kriterien der Politikwahl: Probleme der empirischen Messung am Beispiel deutscher Bundestagswahlen / Franz Urban Pappi; Jens Brandenburg; Susumu Shikano. – Mannheim: 2008

(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung ; 115)

ISSN 1437-8574

Nicht im Buchhandel erhältlich
Schutzgebühr: € 3,00
Bezug: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim
WWW: http://www.mzes.uni-mannheim.de

Redaktionelle Notiz:

Prof. Dr. Franz Urban Pappi arbeitet als Emeritus am Arbeitsbereich B des MZES. Laufende Projekte behandeln Themen aus dem Bereich der Wählerforschung (strategisches Wählen, Koalitionswählen) und Probleme der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung der Aufteilung der Ministerien.

Jens Brandenburg arbeitet als studentische Hilfskraft am SFB 504. Seine Schwerpunkte im M.A.-Studium der Politikwissenschaft an der Universität Mannheim sind Parteienwettbewerb, Koalitionstheorien und Europäische Integration.

PD Dr. Susumu Shikano ist Projektleiter am MZES und zur Zeit Lehrstuhlvertreter an der Universität Konstanz. Er bearbeitet Projekte zur Nähe- und Richtungswahl bei Parlamentswahlen und bereitet ein Projekt über Wahlbeteiligung und strategisches Wählen zwischen rationalem Kalkül und Gruppenidentität vor.

Zusammenfassung

Nähe und Richtung können als Kriterien der Wahlentscheidung in einem Politikraum dienen, der sich aus den wahrgenommenen Parteipositionen und der eigenen Einstellung der Wähler zu politischen Sachfragen (Issues) bilden lässt. Ist man ursprünglich allein vom Nähemodell in der Tradition von Downs (1968) ausgegangen, haben Rabinowitz und Macdonald (1989) argumentiert, die Wähler unterschieden nur grob, ob sie für oder gegen eine bestimmte Politik seien, und wählten dann die Partei, die ihre bevorzugte Politik am intensivsten vertrete. Diese verschiedenen Auffassungen des Politikraums werden zum Problem, wenn man beide Kriterien in einem gemischten Modell verbindet. In dem Beitrag wird gezeigt, dass es Verhaltenstheorien wie die Diskontierungstheorie von Grofman (1985) gibt, die Nähe und Richtung widerspruchsfrei als Wahlkriterien für einen einheitlich aufgefassten Politikraum verbinden. Am Beispiel von Sachfragen bei den Bundestagswahlen 1980, 1987, 1994 und 1998 wird gezeigt, dass die Erklärungskraft des Grofman-Modells genauso gut ist wie die eines gemischten Modells, das aber den Nachteil einer inkonsistenten Konzeption des Politikraums hat. Empirisch unterscheiden sich die Modelle in der Festlegung des Bezugspunkts für das Richtungskriterium. Bei Grofman ist dies die Position des Status quo auf den verwendeten Policyskalen, bei Rabinowitz und Macdonald ist es der mittlere Skalenwert, der als Ankerpunkt für die Präferenzrichtung dient.

Abstract

Proximity and direction can be applied as criteria for the best decision in a policy space constructed from perceived party positions and voters' preferences for a set of political issues. The mainstream assumption in the tradition of Downs (1968) has long been that voters choose the most proximate party. Rabinowitz and Macdonald (1989) have built an alternative theory based on the assumption that voters distinguish only whether they are for or against a certain policy and choose that party which is the most intensive advocate of their favored policy. These different conceptions of a policy space become problematic if the two criteria of proximity and direction are combined in a mixed model. In this paper we discuss alternative theories, termed by us as unified models, which combine the two criteria consistently, our main example being the discounting theory of Grofman (1985). We show for issues from the Bundestag elections of 1980, 1987, 1994 and 1998 that the explanatory power of the Grofman theory is as good as that of mixed models which have the disadvantage of conceptualizing the policy space inconsistently. Empirically the two theories vary with respect to the used reference point on the issue scales. Grofman uses the status quo which determines the direction of the policy output promised by the parties, Rabinowitz and Macdonald rely on the midpoint of the issue scale as the voters' anchor point for their pro or contra judgment.

Inhalt

1 Einleitung 1

2 Nähe- und Richtungswahl: Unterschiedliche Policy-Räume, einheitliches Modell, unterschiedliche Verhaltenstheorien 2

3 Zur Operationalisierung von Policy-Skalen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen 10

4 Mittlerer Skalenwert oder Status quo als Bezugspunkt für die Richtungswahl 16

5 Schlussfolgerungen 19

Literaturverzeichnis 21

1 Einleitung

In den bald 20 Jahren, seitdem Rabinowitz und Macdonald (1989) ihre Richtungstheorie der Issuewahl im *American Political Science Review* veröffentlicht haben, sind mehr als 50 Artikel in Zeitschriften mit externem Gutachterverfahren erschienen (vgl. zu diesen Zahlen Tomz und Houweling 2008), die diese Theorie mit dem hergebrachten Nähemodell kontrastieren, wonach Wähler die ihnen nächste Partei auf vorgegebenen Policy-Skalen wählen. Bei der Richtungswahl entscheidet sich der Wähler dagegen für die Partei, die die Politikrichtung, die er für richtig hält, am intensivsten vertritt. Wir diskutieren in diesem Beitrag die Art der Operationalisierung von Policy-Skalen und vertreten dabei den Standpunkt, dass Nähe- und Richtungsmodell wegen ihrer unterschiedlichen Konzeptionalisierung von Policy-Räumen auch je eigener Operationalisierungen bedürften. Trotzdem wurden die empirischen Analysen in den allermeisten Fällen auf Basis von Policy-Skalen durchgeführt, die die Vertreter des Nähemodells für ihre Zwecke entwickelt haben: 7er Skalen mit benannten Endpunkten, die für die am meisten gegensätzlichen Policy-Positionen stehen, mit nicht weiter verbal ausgedrückten Kompromisspositionen dazwischen. Wir werden zeigen, dass Weiterentwicklungen des Nähe-Modells wie das *discounting model* von Grofman (1985) zu einer konsistenten Interpretation von Nähe und Richtung im selben Politikraum führen und dass diese Theorien das Issue-Wählen nicht schlechter erklären als das ursprüngliche Richtungsmodell bzw. sog. gemischte Modelle.

Unter der im Titel genannten Politikwahl verstehen wir die Wahl einer Partei in Parlamentswahlen aus Gründen der von ihr propagierten Politiken für die nächste Legislaturperiode (*policy voting*). Der Begriff ist enger als der Begriff des *issue voting*, weil er sich ausschließlich auf Positionsissues bezieht, d.h. auf Vorschläge zur Lösung eines politischen Problems, die sich im Idealfall eindimensional ordnen lassen, so dass eine Politikdimension entsteht, auf der die Parteien unterschiedliche Positionen einnehmen und auf der auch die Wähler sich verorten lassen. Diese Art der Politikwahl kann aus unterschiedlichen Gründen und nach unterschiedlichen Kriterien erfolgen.

Die Gründe können expressiver oder instrumenteller Natur sein. In dem einen Fall handelt es sich um „Wählen als Akt der Präferenzoffenbarung“ (Klein 2002). Dabei entscheidet man sich für die Partei, die dieselben Ansichten wie man selbst vertritt. Im anderen Fall setzt man seine Stimme als Investition zur Erreichung der besten Politikergebnisse in der nächsten Legislaturperiode ein (Downs 1968), eine Motivation zur Nutzenerzielung, die sich in Mehrparteiensystemen mit verschiedenen Optionen der Regierungsbildung nach der Wahl schwer maximieren lässt. Nach Downs (1968: 139-160) degenerierten derartige Wahlen zu bloßen „Präferenzbefragungen“.

Als Wahlkriterien kommen Nähe und Richtung in Betracht. Aus mehreren Politikdimensionen lässt sich ein Politikraum konstruieren. Wer in diesem Raum die ihm nächste Partei wählt, kann dies aus rein expressiven Gründen tun. Für instrumentelle Wähler kann es sich aber auch empfehlen, ihre jeweils nächste Partei deshalb mit ihrer Stimme zu stärken, um ihren Beitrag zu einem Wahlsieg

dieser Partei oder zu deren größerem Gewicht bei Koalitionsverhandlungen zu leisten. Bei der Richtungswahl hingegen benötigt man zusätzlich zur Information über die Positionen der Parteien im Politikraum einen Bezugspunkt, im Hinblick auf den man die Parteien im Vergleich zum eigenen Standpunkt beurteilt.

Rabinowitz und Macdonald (1989) interpretieren den mittleren Skalenwert, also den Wert 4 auf einer 7er Skala sozialpsychologisch als Ankerpunkt, von dem aus man entscheidet, ob man eine bestimmte Politikposition positiv oder negativ bewertet. Je intensiver die positive Richtung vertreten wird, desto besser. Hier entspricht die Stimmabgabe nach dem Kriterium der Richtung einer expressiven Motivation. Man kann aber auch wie von Grofman (1985) vertreten den Status quo als Bezugspunkt wählen. Dann überlegt man, welche Partei im noch zu wählenden Parlament am besten in der Lage sein wird, den Status quo am weitesten in Richtung der eigenen Position zu verschieben, wenn man gleichzeitig berücksichtigt, dass die Parteien selten alles, was sie versprechen, in der politischen Praxis auch verwirklichen können (vgl. *discounting model*). Die Stimmabgabe erfolgt hier instrumentell zur Erreichung des bevorzugten Politikergebnisses. Wir werden im nächsten Abschnitt klarstellen, dass je nach Theorieansatz die Richtungswahl entweder instrumentell oder expressiv ist und sich im Unterschied zur ehrlichen Wahl der nächsten Partei hier beide Interpretationen gegenseitig ausschließen.

Im Folgenden werden wir zunächst das Problem der Formulierung eindimensionaler Issue-Skalen und der daraus folgenden Konstruktion eines Politikraums aufgreifen, den alle Befragten gleich verstehen. Uns interessieren die politischen Streitfragen, die in Wahlkämpfen thematisiert werden und die jeweils für den Parteienwettbewerb wichtig sind, weil sich die Parteien bezüglich dieser Fragen positionieren und weil sich die Wähler dazu Präferenzen gebildet haben. Im Hinblick auf diese Streitfragen lässt sich ein Status quo bestimmen, den die Parteien versprechen in der einen oder anderen Richtung zu überwinden. Je nach Frage muss dieser Status quo nicht immer der mittlere Wert der verwendeten Issue-Skalen sein. Dabei sind die verschiedenen Konzeptualisierungen der Policy-Räume durch die verschiedenen Ansätze bzw. Verhaltenstheorien über die Bedeutung der Nähe- und Richtungswahl zu besprechen. Gemeinsam ist allen diesen verschiedenen Theorien ein gleiches formales Modell. Nach diesem Literaturüberblick stellen wir unsere Datenbasis zur Bestimmung der Politikwahl bei Bundestagswahlen seit 1980 vor, bevor wir im darauf folgenden Abschnitt die entsprechenden statistischen Analysen durchführen und die Ergebnisse diskutieren. Ein Abschnitt über Schlussfolgerungen schließt diesen Aufsatz ab.

2 Nähe- und Richtungswahl: Unterschiedliche Policy-Räume, einheitliches Modell, unterschiedliche Verhaltenstheorien

Das hier apostrophierte einheitliche Modell stellt einen Mischkalkül dar, nach dem der Nutzen des Wählers von einer Partei sowohl von der Nähe im Politikraum als auch von der Übereinstimmung der Richtung bezogen auf einen Referenzpunkt abhängt. Je nach der inhaltlichen Konzipierung des

Politikraums wird dasselbe formale Modell aber anders interpretiert, d.h. die auf demselben formalen Modell aufbauenden Verhaltenstheorien unterscheiden sich. Wir wählen deshalb die Konzipierung des Politikraums nach der Nähe-Konzeption von Downs als Ausgangspunkt und kontrastieren sie mit der Konzeption der Richtungstheorie nach Rabinowitz und Macdonald (1989). Daran anschließend behandeln wir gemischte Modelle, bei denen formal beide Kriterien verbunden werden, ohne dass das Problem einer einheitlichen Konzeption des Politikraums gelöst würde. Diese Lösung wird erst von Verhaltenstheorien wie dem Diskontierungsmodell erzielt, die wir unter dem Begriff der vereinigten Modelle zusammenfassen.

Räumliche Modelle in der Weiterentwicklung des Downs'schen Ansatzes gehen von eindimensionalen Politikskalen aus, auf denen die Abstimmenden die Lösungen (*policies*) einer Aufgabe oder eines Problems übereinstimmend so ordnen, dass alle Abstimmenden einen umso größeren Nutzenverlust in Kauf nehmen müssen, je weiter die siegreiche Lösung von ihrem Idealpunkt entfernt ist. Aus diesen verschiedenen Politikskalen kann dann ein mehrdimensionaler Politikraum konstruiert werden.

Nehmen wir als Beispiel ein Gesetz zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs. Der Gesetzgeber müsse sich zwischen fünf Alternativen entscheiden:

(a) Allgemeines Verbot,

(b) Zulässigkeit nur bei medizinischer Indikation, d.h. Gefahr für Mutter und Kind,

(c) Zulässigkeit auch bei ethischer Indikation, also z.B. nach einer Vergewaltigung,

(d) Zulässigkeit auch bei sozialer Indikation, d.h. bei wirtschaftlicher Notlage der Mutter, und schließlich

(e) generelle Freigabe.

Rein abstrakt können die Alternativen von (a) bis (e) nach der abnehmenden Striktheit der Lösung geordnet werden, wenn man annimmt, dass die ethische Indikation die medizinische mit umfasst und die soziale Indikation die ethische. Trotzdem könnte ein Anhänger der völligen Freigabe rein theoretisch zu dem Schluss kommen, dass er das strikte allgemeine Verbot als die zweitbeste Lösung ansieht. Der Grund dafür könnte sein, dass die Nachprüfbarkeit der Indikationslösungen so viele Probleme mit sich bringt, dass sie im Gesetzesvollzug praktisch ausscheiden. Genau diese Präferenzordnung widerspricht aber der Annahme eingipfeliger Nutzenfunktionen auf Basis einer für alle Abstimmenden gemeinsamen Anordnung der Alternativen. Würde sie empirisch häufiger auftreten, wären die entsprechenden fünf Gesetzesvorschläge nicht eindimensional zu einer Policy-Skala im Sinne einer geordneten Menge von Alternativen kombinierbar.

In der Forschungspraxis erleichtert man sich die Skalenkonstruktion dadurch, dass die einzelnen Politiken nicht separat aufgeführt werden, sondern unter der Annahme der Eindimensionalität nur die

beiden Endpunkte benannt werden. So könnte man den Befragten eine Skala vorlegen mit dem einen Endpunkt „generelles Verbot des Schwangerschaftsabbruchs“ und dem anderen Endpunkt „völlige Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs“. Sei erstere Alternative mit 1 bezeichnet und letztere mit 5, so wird dem Befragten noch mitgeteilt, dass man mit den Ziffern 2, 3 und 4 die Reichweite des Verbots bzw. die Einschränkungen der Freigabe abstufen kann. Eine Überprüfung daraufhin, ob die Skala wirklich eindimensional ist, ist bei dieser Abfrage nicht mehr möglich.

Der von diesem Issue beeinflusste Nutzen des Wählers i von Partei j (U_{ij}) wird nach dem Downs'schen Modell umso größer, je mehr i und j in ihrer Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch übereinstimmen, wobei x'_i der Idealpunkt des Wählers und p'_{ij} die vom Wähler i wahrgenommene Parteiposition sei:

$$(1) \quad U_{ij} = - (x'_i - p'_{ij})^2$$

Wir folgen hier der Forschungspraxis und nehmen quadrierte euklidische Distanzen an. Für deren Bestimmung könnte man die ursprünglichen Messwerte, in unserem Beispiel die Werte 1 bis 5, auch als Abweichungen vom mittleren Skalenwert bestimmen, so dass $x_i = x'_i - 3$ und $p_{ij} = p'_{ij} - 3$. Der Bezugspunkt kürzt sich heraus und hat keine inhaltliche Bedeutung.

Die Richtungstheorie von Rabinowitz und Macdonald (1989: 93) führt zu einer anderen Interpretation der 5er Skala unseres Beispiels, bei der nur die beiden Endpunkte benannt sind. Danach hätten die meisten Wähler nur diffuse Politikpräferenzen und könnten sich nur für und wider eine bestimmte Politik entscheiden, dies aber mit unterschiedlicher Intensität. Damit ergibt sich eine Uminterpretation unserer Fünfer-Skala. Der Wert 3, ursprünglich die ethische Indikation, wird zum Bezugspunkt, von dem aus man beurteilt, ob man für oder gegen die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs bzw. gegen oder für ein allgemeines Verbot ist. Wenn man stark für ein Verbot ist, wählt man die 1, wenn man schwach dafür ist, entscheidet man sich für die 2, etc. Die Position 3 ist die der Indifferenz zwischen den beiden extremen Lösungen. Der Nutzen von i von Partei j wird jetzt umso größer, je größer das Produkt der beiden Vektoren x_i und p_{ij} ist. Damit erhält der Bezugspunkt als Ursprung der beiden Vektoren eine inhaltliche Bedeutung und kann nicht mehr willkürlich gewählt werden.

$$(2) \quad U_{ij} = x_i \, p_{ij}$$

Dieses Beispiel zeigt, dass die in der Forschung üblichen Policy-Skalen mit den benannten Endpunkten nicht unbedingt die beste Operationalisierung des Politikraums der Richtungstheorie sind. Bei Einführung dieser Skalen als Messinstrument des *issue voting* machten Page und Brody (1972: 981) ganz klar, dass sie eine empirische Erfassung der Nähekriteriums beabsichtigten und dass die unbenannten Ziffern 2 bis 6 auf ihrer 7er Skala Policykompromisse zwischen den explizit formulierten Extrempunkten darstellten: „When a respondent chose a single point as his most preferred policy, one could infer that alternative policies would be progressively less favored by him as they were located

farther from his position". Sie konnten mit eigenen Vorstudien die Eingipfeligkeit der Präferenzen auf ihrer Skala belegen.

Nun ist man sicher im Anschluss an Page und Brody bei der Übernahme des Instruments der 7er Skala nicht immer so sorgfältig vorgegangen. Daraus aber gleich eine Rechtfertigung für eine völlige Uminterpretation dieser Skalen im Sinne der Richtungstheorie abzuleiten ist zu einfach, vor allem wenn man bedenkt, dass Likert-Skalen der Richtungslogik direkt gerecht würden. Eine Likert-Skala ist ein Verfahren der Einstellungsmessung, bei dem den Befragten Aussagen (Items) zum jeweiligen Einstellungsobjekt vorgelegt werden, denen man zustimmen oder die man ablehnen kann. Zusätzlich soll der Befragte die Stärke seiner Zustimmung bzw. Ablehnung angeben. Die Einstellung kann dann aus der Summe der einzelnen Einschätzungen erschlossen werden (vgl. z.B. Diekmann 2004: 209-219). Wie man nun aus Praktikabilitätsgesichtspunkten bei den 7er Skalen nicht alle Zwischenstufen explizit benennt, würde man nicht gleich eine ganze Likert-Skala bilden – schließlich müssten alle Aussagen auch für alle Parteien abgefragt werden – sondern würde sich mit einzelnen Items begnügen.

Tatsächlich hat Iversen (vgl. die Aussagen zu seiner Datenbasis 1994: 71) ein derartiges Vorgehen gewählt, um die Richtungstheorie, erweitert um das Nähekriterium, zu testen. Rabinowitz und Ko-Autoren haben dagegen die üblichen Issue-Skalen mit benannten Endpunkten unter der Annahme analysiert, dass ihre abweichende Interpretation zutrifft, um die Erklärungskraft von Nähe- und Richtungsmodell im Vergleich zu testen (Rabinowitz und Macdonald 1989, Macdonald, Listhaug und Rabinowitz 1991, Macdonald, Rabinowitz und Listhaug 1995 und 1998). Sie haben die von normalen räumlichen Modellen abweichende Konzeptualisierung des Politikraums nicht direkt durch eine alternative Form der Operationalisierung getestet. Das erklärt auch die zugespitzte Konfliktlage zwischen Anhängern des Nähe- und des Richtungsmodells. Im Prinzip können nicht beide Theorien zutreffen, wenn man von der Vorstellung eines einheitlichen Politikraums ausgeht. Denn entweder beruht dieser auf Politikskalen als geordneten Mengen von Policies oder es ist ein Raum mit einem neutralen Referenzpunkt und Vektoren, deren Richtung die Issue-Valenz (positiv oder negativ) und deren Länge die Intensität angibt. Die Zuspitzung der Kontroverse geht bereits aus den Titeln einzelner Aufsätze hervor[1].

Die Unterschiede in der Konzeptualisierung des Politikraums haben Versuche nicht verhindert, **gemischte Modelle** für beide Kriterien der Issue-Wahl zu schätzen. Dabei konnten Macdonald, Rabinowitz und Listhaug (1995) die Kriterienmischung von Nähe und Richtung nicht durch die Wählerheterogenität erklären. Ihre Annahme war, dass politisch informierte Wähler eher nach dem Kriterium der Nähe und politisch weniger Informierte nach dem Kriterium der Richtung die Kandidaten oder Parteien beurteilten. Nach ihrer Analyse von Wahlumfragen aus Norwegen und den USA zeigte sich das Richtungsmodell immer als überlegen und die beiden Wählergruppen unterschieden sich

[1] vgl. z.B. Westholm (1997): „Distance vs. direction: The illusory defeat of the proximity theory of electoral choice" und die Erwiderung von Macdonald, Rabinowitz und Listhaug (1998): "On attempting to rehabilitate the proximity model: Sometimes the patient just can't be helped".

lediglich darin, dass die politisch Informierten beide Kriterien konsequenter angewendet haben. Der Vorsprung des Richtungsmodells blieb aber bei den besser Informierten erhalten.

Auch ein neuer Aufsatz von Tomz und Houweling (2008) muss den gemischten Modellen zugerechnet werden. Sie isolieren diejenigen Positionen von zwei Parteien und von Wähleridealpunkten, für die das einfache Nähe- und Richtungsmodell und das discounting model zu verschiedenen Voraussagen der Wahlentscheidung führen. Diese Konfigurationen werden als Vignetten in einer Repräsentativbefragung amerikanischen Wahlberechtigten vorgelegt, wobei sich die experimentelle Manipulation auf die Parteipositionen beschränkt, während die Befragten auf Basis ihrer tatsächlichen Politikpräferenzen antworten. Als Ergebnis teilen die Autoren mit, dass 57,7 Prozent der Befragten sich auf Basis des einfachen Nähemodells entscheiden, 27,6 Prozent auf Basis des Diskontierungsmodells, und 14,7 Prozent der Richtungslogik nach Rabinowitz und Macdonald folgen (2008: 304).

Iversen (1994) hat eine verhaltenstheoretische Interpretation des gemischten Modells entwickelt, die nach unserer Auffassung im Wesentlichen die Konzeptualisierung des Politikraums nach der Richtungstheorie beibehält. Danach haben Parteien beim Stimmenwettbewerb Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten, wenn sie die Issue-Führerschaft mit klaren Richtungssignalen übernehmen, dürfen aber andererseits auch nicht als zu extrem erscheinen. Diese Extremismusbremse haben Rabinowitz und Macdonald (1989) ursprünglich ad hoc als „Region der Akzeptierbarkeit" eingeführt. Nach Iversen erfüllt der Term für die räumliche Nähe in dem gemischten Modell genau diese Funktion, wobei ein zusätzlicher Vorteil ist, dass jeder Wähler seine eigene Region der Akzeptierbarkeit besitzt. Iversen bezeichnet seine Verhaltenstheorie als repräsentatives Politikführungsmodell: „…voters prefer politicians that provide issue leadership by advocating political change in a favored direction while simultaneously refraining from taking issue positions that are clearly unrepresentative of the voters' own positions. A linear combination of squared distance and the scalar product is the simplest mathematical representation of this logic" (1994: 52). Diese lineare Kombination zerlegt den Issue-Einfluss auf den Nutzen, den Wähler i von der Wahl der Partei j hat (U_{ij}), vollständig in einen Näheteil (Distanz zwischen eigenem Standpunkt x_i und wahrgenommenem Parteistandpunkt p_{ij}) und einen Richtungsteil ($x_{ij} \cdot p_{ij}$). Dabei ist zu beachten, dass x und p wie oben eingeführt hier immer Abweichungen von einem Bezugspunkt erfassen.

$$(3) \quad U_{ij} = 2\,(1 - \beta)\, x_i \cdot p_{ij} - \beta\,(x_i - p_j)^2$$

β steht hier für den Mischparameter, der Werte zwischen 0 und 1 annehmen kann. Je größer β, desto größer die Bedeutung des Nähekriteriums im Vergleich zum Richtungskriterium.

Der Politikraum der Verhaltenstheorie von Iversen ist nicht der normaler räumlicher Modelle auf Basis des Nähemodells, sondern fußt wesentlich auf der Konzeptualisierung der Richtungstheorie, ohne dass Iversen diesen Punkt explizit klarstellen würde (vgl. zu dieser Interpretation Warwick 2004: 274). Indirekt spricht für diese Interpretation auch seine Datenbasis. Sie besteht nicht aus Issue-Skalen mit benannten Endpunkten, sondern aus einer Reihe von Policy-Statements, denen man unterschiedlich

stark zustimmen, bzw. die man unterschiedlich stark ablehnen kann. Dies ist das bereits oben erwähnte Format von Likert-Skalen.

Wir kommen jetzt zu **vereinigten Modellen,** wie wir gemischte Modelle mit einer konsistenten Interpretation von Nähe und Richtung im selben Politikraum nennen wollen. Der Politikraum der ursprünglichen Richtungswahl kennt nur grobe Richtungsangaben auf Fernziele, aber keine Nahziele, die Kompromisslösungen darstellen. Um die Richtung zu bestimmen, benötigt man einen Ankerpunkt, von dem aus man entscheidet, ob man die Richtung gutheißt oder nicht. Der Politikraum des Nähemodells kommt dagegen ohne einen solchen Ankerpunkt aus. Es zählt nur die Distanz zum eigenen Standpunkt. Das schließt aber ein Koordinatensystem mit einem Nullpunkt nicht aus, von dem aus man zusätzlich zur Nähe einer Partei auch die Richtung bestimmen kann, in die diese Partei als Parlaments- oder Regierungspartei den Nullpunkt verschieben wird. Als derartiger Nullpunkt eignet sich der Status quo in einem Politikfeld, den die Regierungsparteien durch ihre Gesetzesentscheidungen verschieben können. Verbindet man den Status quo als Nullpunkt mit der Idee, dass Parteien in der Regierungsverantwortung nicht alles genauso erreichen werden, wie sie es im Wahlprogramm angekündigt haben, resultiert daraus das Diskontierungsmodell von Grofman (1985, Merrill und Grofman 1999: 38-51, Adams et al. 2005: 23-26). Sei δ der Diskontsatz für die Regierungspolitik der Parteien relativ zu ihrer Politikposition auf der einzigen Politikdimension, die wir hier der Einfachheit halber annehmen wollen, und sei x_i wieder die Position des Wählers i, p_{ij} die von ihm/ihr wahrgenommene Position der Partei j laut Wahlprogramm und werden alle diese Werte angegeben als Distanzen zum Status quo, können wir den Nutzenverlust des Wählers als quadrierte euklidische Distanz ausdrücken:

$$(4) \quad U_{ij} = - (x_i – (1- \delta) p_{ij})^2.$$

Wenn Wähler i also z.B. drei Einheiten und Partei j vier Einheiten rechts vom Status quo sind, würde i bei einem Diskontsatz[2] von ¼ j wählen, weil j einen Regierungsoutput erzielen würde, der in der Erwartung von i genau seinem Idealpunkt entspricht. Dieses Modell ist eine lineare Transformation des gemischten Modells aus Formel (1) (vgl. Merrill und Grofman 1999 und Herrmann 2005). Danach lässt sich inhaltlich der β-Term in Formel (1) als der Diskontfaktor (1 – δ) des Grofman-Modells interpretieren. Vergessen darf man dabei nicht, dass der Status quo nicht notwendigerweise mit dem Indifferenzwert einer Likert-Skala zusammenfallen muss. Issue-Fragen können auch so formuliert sein, dass der Status quo einen vom mittleren Wert abweichenden Wert annimmt, z.B. einen benannten Endpunkt einer 7er-Skala. Trotz dieser formalen Äquivalenz mit dem repräsentativen Führungsmodell von Iversen und damit auch dem gemischten Modell von Rabinowitz und Macdonald ist das Grofman-Modell eindeutig ein Modell der Politikwahl in der Downs'schen Tradition. Es setzt einen entsprechenden Politikraum voraus, der aus Politikskalen zusammengesetzt ist, die von der Vorstellung geordneter Mengen von Policies ausgehen. In derselben Tradition stehen zwei weitere

[2] Wenn der Diskontsatz ¼ beträgt, ist der Diskontfaktor entsprechend ¾.

Verhaltenstheorien auf Basis desselben formalen Modells nach Gleichung (3): Das Kompensationsmodell von Kedar und das vereinheitlichte Modell von Henning und Mitautoren (2007).

Kedar (2005a, 2005b) argumentiert, dass anders als in Mehrheitssystemen die Wähler in Konsenssystemen die Politikkonsequenzen ihrer Stimmabgabe wegen noch ausstehender Koalitionsverhandlungen schwer abschätzen können. Es macht für sie also nicht unbedingt Sinn, ihre Stimme einfach der Partei zu geben, die ihnen im Politikraum am nächsten steht. Deren Politikvorstellungen können nach der Wahl in einer Koalitionsregierung stark verwässert werden. Ein Ausweg ist hier eine kompensatorische Stimmabgabe für eine Partei, die das erwartete Politikergebnis am stärksten in Richtung des einzelnen Wählers ziehen wird. Diese strategische Richtungswahl ist abhängig vom institutionellen Kontext wie insbesondere vom Parteiensystem und von der erwarteten Koalitionslage. So könne ein linker Wähler z.B. eine gemäßigte rechte Partei wählen, wenn er den Wahlsieg einer rechten Koalition erwartet, damit er die künftige Koalitionspartei bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen stärkt, die ein noch stärkeres Abdriften nach rechts verhindern würde. Dieser Wählerkalkül beruht auf einem Vergleich des wahrscheinlichen Politikergebnisses als gewichteter Mittelwert im Politikraum für alle Parlamentsparteien im Vergleich zum wahrscheinlichen Ergebnis für ein Parlament ohne die jeweilige Partei. Daneben lässt die Autorin noch Platz für expressives Wählen der nächsten Partei aus Gründen einer angemessenen Repräsentation (*representational vote*).

Diese Ergänzung des Kompensationsmotivs um ein Repräsentationsmotiv erscheint insofern ad hoc, als man generell eine instrumentelle Politikmotivation unterstellen kann, die zur Erzielung des besten Politikergebnisses einmal nach dem Kriterium der Nähe und einmal nach dem Kriterium der Richtung erfolgt, je nachdem, welches Kriterium bei gegebener Parteienkonstellation das beste Ergebnis verspricht. So argumentieren Henning und Mitautoren (2007). Zum Politikraum des Nähemodells benötigen sie zusätzlich einen Referenzpunkt, der das Politikergebnis abschätzbar macht. Dies ist im einfachsten Fall das erwartete Wahlergebnis, aus dem sich, ähnlich wie bei Kedar, ein Mittelwert im Politikraum berechnen lässt. Aber im Unterschied zu Kedar stellt der Wähler die strategische Überlegung an, mit welcher Stimmabgabe für eine Partei er das für ihn günstigste Ergebnis erzielen wird, d.h. in welchem Fall seine Stimme den höchsten Ausschlag zu seinen Gunsten gibt. Je größer die Partei und je geschlossener sie z.B. auftritt, desto größer die Gewähr für einen höheren Einfluss auf das Politikergebnis; je kleiner eine Partei und je extremer ihre Lage im Politikraum, desto geringer der erwartete Einfluss. Aus dieser Überlegung folgt nach der Ableitung von Henning et al. (2007), dass mit einem größeren Einfluss auf das Politikergebnis das Gewicht der Nähekomponente zunimmt, also gerade der Komponente, die bei Kedar noch als expressive Motivation gedeutet wird. Diese Schlussfolgerung wird logisch aus dem Modell abgeleitet und nicht ad hoc angenommen wie die Veränderung des Status quo bei Grofman oder die kompensatorische Komponente bei Kedar. Aus dem vereinigten Modell kann man ableiten, dass die Größe einer Partei genauso wie ihre Geschlossenheit eher zu einer Wahl nach dem Kriterium der Nähe führt, während kleine Parteien, besonders wenn sie im Politikraum peripher sind, eher nach dem Kriterium der Richtung gewählt werden.

Formal beruhen die Verhaltenstheorien von Grofman, Kedar und Henning und Mitautoren auf der gleichen Zerlegung des Nutzens bei der Entscheidung für eine bestimmte Partei nach den beiden Kriterien (vgl. Formel 3). Was die Theorien unterscheidet, ist die Wahl des Bezugspunkts für die Bestimmung der Richtung. Bei Grofman ist es der Status quo, den die Wähler, in der Normalanwendung mit demselben Diskontfaktor für alle Parteien, in ihre Richtung verschieben können. Bei Kedar und Henning et al. ergibt sich der Referenzpunkt aus dem erwarteten Wahlergebnis unter der Annahme der Mean-Voter-Regel: Das erwartete Politikergebnis entspricht dem gewichteten Durchschnitt der Positionen der Parlamentsparteien auf den einzelnen Dimensionen des Politikraums.

Als Unterscheidungsmerkmal zur ursprünglichen Richtungstheorie kann die Operationalisierung des Politikraums dienen. Der Status quo existiert in den verschiedenen Policy-Dimensionen, die einen Politikraum aufspannen, wo er mit der gegenwärtigen Gesetzeslage gleichgesetzt werden kann. Jedes Plädoyer für eine Policy-Änderung bedeutet in modernen Rechtsstaaten eine Veränderung des Status quo mit Hilfe neuer Gesetze. Ein Status quo im ideologischen Raum, z.B. auf einer normalen Links-Rechts-Skala, lässt sich dagegen nicht ohne Weiteres bestimmen, es sei denn, man wendet die Mean-Voter-Regel für die alte Parlamentszusammensetzung auch hier an.

Ein gangbarer Weg in der Forschungspraxis ist es, bei Policy-Skalen mit benannten Endpunkten einfach den mittleren Skalenwert als Status quo festzulegen. Je nach Frageformulierung mag dies zutreffend sein. Adams et al. (2005) übernehmen diese Praxis auch für die ideologische Links-Rechts-Skala der französischen und norwegischen Wählerschaft (2005: 89, 106), wenn sie ihr *unified discounting model* für ausgewählte Policy-Skalen und die Links-Rechts-Skala gleichzeitig berechnen. Ob man diesen mittleren Skalenwert einer Links-Rechsts-Skala als ideologischen Status quo interpretieren kann, erscheint aber fraglich.

Im Gegensatz zu den besprochenen Verhaltenstheorien kommt nach der Richtungstheorie von Rabinowitz und Ko-Autoren nur der mittlere Skalenwert in Frage. Er soll den Ankerpunkt bilden, von dem aus man entscheidet, ob man für oder gegen die jeweilige Politik ist. Für die Links-Rechts-Skala ist ein derartiger Ankerpunkt sozialpsychologisch gesehen wenig plausibel, besonders, wenn man bedenkt, dass dies auf einer von 1 bis 10 reichenden Skala der Wert 5,5 ist (vgl. zur Kritik an der Verwendung der Links-Rechts-Skala für das Richtungskriterium auch Warwick 2004: 278).

Gemeinsam ist den besprochenen Verhaltenstheorien von Grofman, Kedar und Hennung et. al. die gleiche Konzeption des Politikraums. Es ist die Downs'sche Konzeption räumlicher Modelle (Enelow und Hinich 1984, Hinich und Munger 1997). Hier werden Politikräume aus eindimensionalen geordneten Mengen von Policies zusammengesetzt gedacht. Der β-Parameter aus Formel (3) gibt an, welche relative Bedeutung das Kriterium der Nähe für die Politik- oder Wahlentscheidung in diesem Raum hat. Ist β klein, wird 1- β umso größer, d.h. das Richtungskriterium gewinnt an Gewicht. In der Grofman'schen Verhaltenstheorie entspricht das einem kleineren Diskontierungsfaktor (1-δ), bzw. einem größeren Diskontsatz δ, also einer Zunahme der Skepsis über die Verwirklichung der politischen Ziele der Parteien beim Regierungshandeln. Im vereinigten Modell von Henning und Ko-

Autoren schwindet mit kleiner werdendem β das wahrgenommene Gewicht der eigenen Stimme für die Erzielung eines gewünschten Politikergebnisses und man setzt deshalb auf die Wahl einer vom eigenen Standpunkt aus betrachtet ferneren Partei zur Richtungskorrektur. Kedars Überlegungen sind ähnlich, werden aber durch die Gleichsetzung des Nähekriteriums mit expressivem Verhalten verunklart. Sie spricht von „psychological/representational costs" (2005b: 189), wenn man nicht ehrlich die nächste Partei wählt, sondern aus strategischen Überlegungen über die Regierungsbildung nach der Wahl eine entferntere Partei, die aber das Politikergebnis näher an den eigenen Standpunkt rücken kann. Bei Henning und Ko-Autoren wird dagegen die nächste Partei genau deshalb gewählt, weil sie auch unter strategischen Gesichtspunkten die beste Wahl darstellt. Doch auch das expressive Nähewählen ändert nichts am Charakter des Politikraums. Er bleibt zusammengesetzt aus geordneten Mengen von Policies und hat nichts mit den Intensitäten für Politiken zu tun, bei denen es nur die zwei Alternativen Pro und Contra gibt.

Die Verhaltenstheorien von Grofman, Kedar und Henning et al. haben eine weitere Gemeinsamkeit. Sie erklären das Wählerverhalten und nicht die Präferenzbildung. Bei den Tests zur Bestätigung oder Widerlegung der Richtungstheorie von Rabinowitz diente häufig die Parteipräferenz und nicht das Wählerverhalten als abhängige Variable. Wenn es um Politikergebnisse geht, zählt aber allein das tatsächliche Wählerverhalten. Hier spricht ein Befund von Herrmann (2008) für die Bedeutung strategischer Überlegungen beim Wählerverhalten und nicht bei der Präferenzbildung. Herrmann kann zeigen, dass die Präferenzordnung der Wähler dem Nähekriterium folgt, während es beim Wählerverhalten in größerem Umfang zum Abdiskontieren der Parteipositionen kommt; dies entspricht den strategischen Überlegungen im Grofman-Modell.

3 Zur Operationalisierung von Policy-Skalen am Beispiel deutscher Bundestagswahlen

Die Konzeption von Policy-Skalen als geordnete Mengen von Policies würde am besten so umgesetzt wie eingangs am Beispiel der Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch erläutert. In der Forschungspraxis, besonders in allgemeinen Bevölkerungsumfragen, begegnet man solchen Beispielen aber kaum. Verbreitet ist dagegen als zweitbeste Lösung die Verwendung von Skalen mit benannten Endpunkten[3], deren Interpretation seit Rabinowitz und Macdonald (1989) aber strittig ist. Das Gegenargument dieser Autoren beruht wesentlich auf der Verwendung des mittleren Skalenwerts als Ankerpunkt für das Urteil, ob man für oder gegen die genannten Politiken ist.

Wir kontrastieren im nächsten Abschnitt die Theorie von Rabinowitz und Macdonald mit der Grofman-Theorie, die für uns pars pro toto für die alternative Konzeption des Politikraums im Sinne von Downs steht. Unser Hauptanliegen bei dem Test ist der indirekte Nachweis dafür, dass die hier verwendeten Policy-Skalen der Interpretation einer geordneten Menge von Politiken entsprechen. Diesen Nachweis

[3] vgl. zu den ersten 7er Skalen in der deutschen Wahlforschung Garding (1978).

halten wir für erbracht, wenn die Verwendung eines vom mittleren Skalenwert abweichenden realistischen Status quo die Erklärungskraft des Modells nicht verschlechtert und das Gewicht des Richtungskriteriums im Sinne von Rabinowitz vermindert.

Wir werden im nächsten Abschnitt issuespezifische β-Koeffizienten schätzen. Dazu verwenden wir, mit einer Ausnahme, Policyskalen mit benannten Endpunkten. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den Bundestagswahlen zu gewährleisten, sollen jeweils die beiden wichtigsten Politikdimensionen des deutschen Parteiensystems abgedeckt sein: die wirtschafts- und sozialpolitische Dimension einerseits und die innen- und rechtspolitische Dimension andererseits, die eng mit Themen der neuen Politik wie der Kernkraftfrage verbunden ist (Laver, Hunt 1992, Benoit, Laver 2007, Bräuninger, Debus 2008). Für jede Bundestagswahl muss weiterhin eines dieser zwei Issues so formuliert sein, dass ein anderer Punkt der Policyskala als der Mittelpunkt objektiv als Status quo interpretiert werden kann. Zusätzlich zur eigenen Meinung müssen Angaben über die Wahrnehmung der Policypositionen der Bundestagsparteien vorhanden sein. 1980 waren dies CDU/CSU, SPD und FDP, ab 1983 kamen die Grünen hinzu und schließlich nach der Wiedervereinigung noch die PDS.

Konkret stehen Fragen aus Vorwahlstudien, die unseren Bedingungen entsprechen, für die Bundestagswahlen 1980, 1987, 1994 und 1998 zur Verfügung. Generell gilt für alle Fragen, unabhängig vom Zeitpunkt, dass der Grad der Meinungsbildung bei den Wahlberechtigten sehr hoch war. Zwischen 86 und 98 Prozent gaben eine eigene Meinung bei dem sozioökonomischen Issue zu Protokoll und zwischen 89 und 99 Prozent bei dem zweiten Issue. Die Politiken der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in den Wahlprogrammen der Parteien und dann im Wahlkampf diskutiert wurden, waren durchwegs schwieriger zu beurteilen als die Fragen der Innen- und Rechtspolitik. Was die Wahrnehmung der Parteipositionen angeht, besteht ein Unterschied zwischen der einzigen reinen Wahlstudie von 1987 und den Mehrthemenerhebungen für die anderen Wahljahre. In letzteren bestehen mehr Wahrnehmungslücken, vor allem bezüglich der kleineren Parteien, als in der Wahlstudie 1987. Dieser Unterschied lässt vermuten, dass nicht nur ungeduldige Befragte, sondern auch ungeduldige Interviewer zu einer höheren issuespezifischen Ausfallrate führen.

Eine Gemeinsamkeit der Antwortmuster über die Jahre hinweg betrifft die Standardabweichungen der Antworten auf den Skalen, die normalerweise von 1 bis 7 reichen. Eigentlich sollte man erwarten, dass die wahrgenommenen Positionen der Parteien weniger streuen als die eigene Meinung der Befragten, da die Parteien mit den Aussagen in ihren Wahlprogrammen weitgehend einheitliche Positionen bezogen haben. Die Meinungen der Befragten sollten demgegenüber die theoretisch vorgegebene Meinungsvielfalt stärker ausnutzen. Tatsächlich sind die Standardabweichungen der Befragtenmeinungen aber denen der Parteiwahrnehmungen ziemlich ähnlich. Wenn es Abweichungen gibt, sind es 1994 und 1998 größere Standardabweichungen für die Wahrnehmung der PDS-Positionen, die wohl in erster Linie auf Unsicherheiten bei der Beurteilung dieser Partei durch Westdeutsche zurückzuführen sein dürften. Bei vielen Issues konzentriert sich die Wählermeinung dagegen auf bestimmte Positionen.

Tabelle 1: Issuefragen in deutschen Wahlstudien seit 1980: Parteiwahrnehmungen und eigene Meinung[1)]

		CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE		Eigene Meinung
1980: 1907 Befragte							
a. **Rentenversorgung**	μ	2,81	4,41	3,54	-		3,15
(1) Versicherungsprinzip	σ	0,06	0,06	0,05	-		0,06
(7) Bedarfsprinzip	n	1226	1251	1144	-		1791
b. **Terrorismusbekämpfung**	μ	1,93	3,65	3,53	-		2,01
(1) Für eingeführte Strafrechtsverschärfungen **S.Q.**	σ	0,04	0,05	0,05	-		0,05
(7) gegen eingeführte Strafrechtsverschärfungen	n	1523	1481	1404	-	Status Quo (subjektiv)	1840
1987: 1954 Befragte							
a. **Arbeitsförderungsgesetz § 116**	μ	5,58	2,22	5,05	2,13	4,34	3,12
(1) Lohnersatzleistungen bei Streik in anderen Tarifbezirken	σ	0,04	0,03	0,04	0,04	0,05	0,05
(7) keine Lohnersatzleistungen **S.Q.**	n	1889	1901	1887	1883	1838	1918
b. **Kernenergie**	μ	2,26	5,63	3,12	6,74		4,63
(1) Weiterer Ausbau	σ	0,03	0,03	0,03	0,02	———	0,04
(7) Sofortige Abschaltung	n	1915	1928	1910	1916	PDS	1943
1994: 2391 Befragte							
a. **Arbeitsbeschaffungsprogramm**	μ	5,45	2,51	5,49	2,40	2,27	4,21
(1) Staatliche ABM	σ	0,04	0,04	0,04	0,04	0,05	0,05
(7) Rahmenbedingungen verbessern	n	1857	1849	1629	1485	1178	2136
b. **Großer Lauschangriff**	μ	2,33	4,50	4,38	5,71	4,91	3,92
(1) Abhören erlauben	σ	0,04	0,05	0,05	0,05	0,07	0,05
(7) Soll verboten bleiben **S.Q.**	n	1804	1763	1583	1538	1149	2262
1998: 1495 Befragte							
a. **Spitzensteuersatz**	μ	3,59	3,64	3,15	3,90	3,86	3,45
(20%=1) Angabe eines Prozentwerts	σ	0,03	0,03	0,04	0,05	0,06	0,04
(80%=7) mit Status quo bei 53%=4,3	n	1021	1013	932	895	780	1283
b. **EU-Integration**	μ	5,18	4,72	4,51	3,89	2,98	4,19
(0=1) Angabe eines Integrationswerts	σ	0,04	0,04	0,05	0,05	0,05	0,04
(100=7) mit Status quo bei 50=4	n	1145	1132	1036	1018	946	1337

[1)] 1980 Umfrage Nr. 1225 des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung (ZA), Universität zu Köln; 1987 ZA-Nr. 1537; 1994 ZA-Nr. 2600; 1998 ZA-Nr. 4071. – S.Q. bezeichnet die vorgegebene Antwortalternative, die wir als objektiven Status quo einstufen.

Die sozioökonomischen Fragen greifen für jede der behandelten Bundestagswahlen ein kontrovers diskutiertes Thema der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf. 1980 war eines dieser Themen die gesetzliche Rentenversicherung, nachdem die sozialliberale Koalition 1977 die Bruttolohnbezogenheit der Rente ausgesetzt hatte. Die SPD bekannte sich jetzt im Prinzip zur dynamischen bruttolohnbezogenen Rente, sprach sich aber zusätzlich für die Einführung einer „bedarfsorienterten Mindestrente“ aus, während CDU/CSU „nicht leistungsmäßig begründete Belastungsunterschiede von Versicherten und Arbeitgebern“ ablehnten. Die FDP, damals noch der Koalitionspartner der SPD in der sozialliberalen Koalition, forderte explizit eine „Stärkung des Versicherungsprinzips und verfassungsrechtliche Garantie des leistungsbezogenen Rentenanspruchs“ (FDP 1980: 81). Auf diese Forderungen der Parteien bezieht sich die im Anhang dokumentierte Frage zur Rentenversicherung. Wie die durchschnittliche Wahrnehmung zeigt, werden die Unterschiede zwischen CDU und SPD wahrgenommen. Die FDP nimmt eine mittlere Position ein, die allerdings trotz sozialliberaler Allianz näher an der CDU liegt. Gemessen an der Durchschnittsmeinung der Befragten war das SPD-Programm in diesem Punkt weniger populär als das von CDU/CSU und FDP. Ein letzter Blick auf die Fallzahlen der Befragten mit gültigen Angaben zeigt, dass nur noch ca. 60 Prozent der Befragten Angaben zu den Positionen der Parteien machen können.

Als rechtspolitische Frage können wir auf das Thema der Terrorismusbekämpfung mit den Mitteln des Strafrechts zurückgreifen. Im Zuge der staatlichen Abwehrmaßnahmen gegen die Terroraktionen der RAF in den 1970er Jahren sind mehrere Strafverschärfungen beschlossen worden, wie z.B. 1977 das Kontaktsperregesetz, das es erlaubte, die Kontakte der Gefangenen untereinander und zur Außenwelt für 30 Tage zu unterbinden. 1980 sprach sich die FDP explizit für den Abbau dieser Strafverschärfungen aus (FDP 1980: 35), während sich die SPD von den Strafrechtsverschärfungen etwas vorsichtiger distanzierte (SPD 1980: 37). CDU und CSU sahen die Gefahr des Terrorismus nicht gebannt und ließen erkennen, dass sie für die Beibehaltung der eingeführten Strafrechtsverschärfungen waren. Die entsprechende Frage ist so formuliert, dass ein Endpunkt der Skala den objektiven Status quo darstellt. Der Wert 1 bedeutet, dass man selbst oder die entsprechende Partei „für die eingeführte Strafrechtsverschärfung“ ist. Bei dieser Frage nahmen 74 bis 79 Prozent der Befragten die Parteipositionen wahr und sie sahen die beiden Regierungsparteien vereint im Gegensatz zur Oppositionspartei CDU/CSU, die ironischerweise für den Status quo eintrat.

1987 ist die sozioökonomische Frage so formuliert, dass ein Skalenendpunkt für den Status quo steht. Die Regierung Kohl hatte den § 116 Arbeitsförderungsgesetz so geändert, dass die IG Metall ihre Streiktaktik nicht mehr anwenden konnte, mit einem Minimum an Streikenden ein Maximum an Produktionsausfall zu erzielen. Dies war ohne große Nachteile für die in nicht bestreikten Betrieben derselben Branche tätigen Arbeiter möglich gewesen, weil die Arbeitsämter an sie Lohnersatzleistungen zahlen mussten. SPD und Grüne forderten eine Rücknahme dieser Neufassung des sogenannten Streikparagraphen (SPD 1987: 16; Grüne 1987: 43). Die Status quo Position 7 ist in der entsprechenden Frage etwas überspitzt wie folgt formuliert: „Die Arbeitsämter sollen auf keinen Fall zahlen, wenn die Arbeit eingestellt werden muß, weil in einem anderen Gebiet gestreikt wird.“ Hier wurden die Befragten auch gebeten anzugeben, wo auf der Skala die „jetzige Fassung des § 116

Arbeitsförderungsgesetz“ einzuordnen ist. Der Durchschnittswert von 4,34 dürfte nicht ganz einer Expertenmeinung entsprechen. CDU/CSU und FDP werden aber ganz klar als Vertreter dieser Politikwende wahrgenommen und SPD und Grüne als Gegner. Diese Frage bietet die Möglichkeit, die Wirkung des subjektiv wahrgenommenen Status quo mit der eines objektiv festgelegten zu vergleichen.

Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl und der Einrichtung eines eigenen Umweltministeriums bot sich 1987 die Einstellung zum weiteren Umgang mit der Atomenergie als aktuelles Issue an. Die CDU sprach sich in ihrem Wahlprogramm eindeutig für die Kernkraft als „unverzichtbare Energiequelle“ aus (CDU/CSU 1987: 35), die FDP sah immerhin einen Weg, „mittelfristig auf die Nutzung der Kernenergie verzichten zu können“ (FDP 1987: 14). Die Grünen forderten die „Stillegung aller Atomkraftwerke“ (Grüne 1987: 35), während die SPD dafür einen Übergangszeitraum von 10 Jahren vorsah (SPD 1987: 20). Entsprechend einfach waren die Endpunkte der Policyskala zu formulieren: (1) „Weiterer Ausbau der Kernenergie“ gegen (7) „Sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke“. Den objektiven Status quo kann man hier problemlos auf den mittleren Skalenwert 4 legen. Die gültigen Wahrnehmungen der Parteipositionen erreichten 1987 Höchstwerte, was nicht nur für das heiß diskutierte Issue der Kernenergie gilt, sondern auch für den § 116 Arbeitsförderungsgesetz. Die Wahlberechtigten gingen bereits auf vorsichtige Distanz zur Kernkraft, was die Oppositionsparteien begünstigte.

1994, vier Jahre nach der Wiedervereinigung, stand die hohe Arbeitslosigkeit auf der Agenda der Wähler und der Parteien. In ihren Wahlprogrammen machten die Parteien eine Vielzahl von Vorschlägen zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit, die auch viele Gemeinsamkeiten aufwiesen. Wo sich die Geister schieden, war in der Frage staatlicher Beschäftigungsprogramme. Die SPD wollte unter anderem „den öffentlich geförderten Arbeitsmarkt ausweiten und verstetigen“ (SPD 1994: 14), die Grünen sprachen sich ebenfalls für eine „öffentliche Förderung von Arbeitsplätzen“ aus (Grüne 1994: 15) und die PDS forderte „die gezielte Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors“ (PDS 1994: 46). Dagegen verlangte die FDP eine Überprüfung der ABM-Projekte auf Wirtschaftlichkeit und verwies auf „marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen … die reguläre Erwerbsarbeit wieder lohnenswerter machen“ (FDP 1994: 19). Die CDU äußerte sich nicht explizit zu staatlichen Beschäftigungsprogrammen, die Gegnerschaft lässt sich aber aus dem Kontext erschließen. In der entsprechenden Umfrage ist der Gegensatz als (1) „Massives Arbeitsbeschaffungsprogramm des Staates“ versus (7) „Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen“ formuliert. Dabei wird zum ersten Mal die FDP als Partei wahrgenommen, die bei einer sozioökonomischen Frage rechts von der CDU steht, obwohl der Unterschied nicht groß ist. Den anderen Extrempunkt nimmt die PDS ein, gefolgt von Grünen und SPD. Zur PDS können sich allerdings nur knapp 50 Prozent der Befragten äußern. Den objektiven Status quo kann mit 4 annehmen, was der durchschnittlichen Wählermeinung nahe kommt.

Die rechtspolitische Frage galt 1994 dem sog. Großen Lauschangriff. Dabei ging es um den „Einsatz von technischen Abhörmitteln zur Überwachung von Wohnungen“, den die FDP in ihrem

Wahlprogramm genauso ablehnte wie die Grünen und die PDS. Die SPD ließ vorsichtige Zustimmung erkennen, CDU/CSU versprachen, „den wirksamen Einsatz technischer Mittel zur akustischen und optischen Überwachung von Gangsterwohnungen durch(zu)setzen“ (CDU 1994: 43). Dieser Parteipositionierung folgt die durchschnittliche Wählerwahrnehmung nicht ganz; sie erkennt nur den Gegensatz zwischen der CDU/CSU auf der einen Seite und allen übrigen Parteien auf der anderen Seite. Hinter der mittleren Wählermeinung steckt in Wirklichkeit eine zweigeteilte polarisierte öffentliche Meinung. Da der Große Lauschangriff erst als Plan existierte, ist der Status quo mit dem Skalenendpunkt (7) identisch: „Abhören soll strikt verboten bleiben“.

Die Vorwahlumfrage 1998 wurde als Teil einer Mehrthemenerhebung in Form eines „computer aided personal interview“ durchgeführt. Dabei wurde auch mit den Fragenformaten insofern Neuland betreten, als zum einen der objektive Status quo den Befragten explizit mitgeteilt wurde und zum anderen eine nachvollziehbare Ordnung der Policies auf einer von 0 bis 100 bzw. von 20 bis 80 reichenden Skala ausgedrückt werden konnte.

Die sozioökonomische Frage betraf den Spitzensteuersatz, zu dem sich alle Bundestagsparteien in ihren Wahlprogrammen äußerten. Der damalige Spitzensteuersatz betrug 53 Prozent. Nur die PDS wollte ihn beibehalten, die anderen Parteien schlugen Senkungen vor: die SPD auf 49 Prozent, die Grünen auf 45 Prozent, die CDU auf 39 Prozent und die FDP auf 35 Prozent. Um eine Vergleichbarkeit mit den 7er Skalen herzustellen, wurden die von den Befragten angegebenen Prozentwerte auf eine 7er Skala umgerechnet; der Status quo von 53 Prozent liegt damit bei 4,3. Vom Durchschnittsbefragten wurden alle Parteien, auch die PDS, als Spitzensteuersenkungsparteien angesehen, in Übereinstimmung mit der Realität am meisten die FDP, gefolgt von der CDU. Der SPD traute man eine größere Steuersenkung zu als den Grünen. Die Unsicherheit bei der Beurteilung der PDS war groß.

1998 stand bereits vor dem Bundestagswahlkampf die Abschaffung der DM und die Einführung des Euro als gemeinsamer europäischer Währung auf der öffentlichen Agenda. Allerdings hatten die etablierten Parteien kein großes Interesse daran, diese Frage explizit zum Wahlkampfthema zu machen. Sie sahen darin ein gewisses Risiko wegen der Euroskepsis vieler Wähler (vgl. Eckstein, Pappi 1999). In der Vorwahlbefragung wurde eine allgemeinere Frage zur europäischen Integration gestellt, die den erreichten Stand der Integration, also den Status quo, mit dem Beschluss zur Einführung des Euro gleichsetzte. Auf der von 0 bis 100 reichenden Integrationsskala sollte dies dem Wert 50 entsprechen. Von allen Parteien wurde die CDU als die integrationsfreudigste Partei wahrgenommen, gefolgt von SPD und FDP. Die Befragten selbst wollten nur wenig über den erreichten Integrationsgrad hinausgehen (der Wert 4 entspricht 50 Prozent), während man den Grünen und vor allem der PDS eine teilweise Rückabwicklung der erreichten Integration zuschrieb. Für die PDS erscheint das gerechtfertigt, sie sprach sich in ihrem Wahlprogramm gegen „den Euro, so wie er vorgesehen ist“ aus. Im Hinblick auf die Grünen ist dem Durchschnittsbefragten aber ein Fehlurteil unterlaufen. Die Grünen bekannten sich in ihrem Wahlprogramm explizit zum Euro und betonten das Subsidiaritätsprinzip ähnlich wie die CDU.

4 Mittlerer Skalenwert oder Status quo als Bezugspunkt für die Richtungswahl

Die Richtungswahl setzt einen Bezugspunkt voraus, von dem aus man die Richtung bestimmen kann. Nach der ursprünglichen Richtungstheorie von Rabinowitz und Macdonald (1989) ist dies der mittlere Skalenwert, der als Ankerpunkt dient, nach Grofman (1986) dagegen der Status quo. In der Forschungspraxis wird allerdings der mittlere Skalenwert einfach als Status quo angenommen. Von dieser Praxis weichen wir ab und verwenden für die Bundestagswahlen 1980, 1987 und 1994 für jeweils ein Issue einen inhaltlich begründeten Status quo am Endpunkt der Skala. Ein Vergleich der beiden alternativen Berechnungen für die Richtungswahl soll zeigen, welches Modell die bessere Erklärungskraft hat und wie das Gewicht des Nähekriteriums im Verhältnis zum Richtungskriterium dadurch beeinflusst wird. Darüber wird der β-Parameter nach Formel (3) Auskunft geben, den wir issueweise berechnen werden.

Tabelle 2: Issue-spezifische Nähe- und Richtungsmodelle im Vergleich[1)]: Eine konditionale Logit-Analyse

Jahr:	1980	1987	1994	1998
		1. Nähemodell		
Sozio-ökonomisches Issue	- 0,043	- 0,067	- 0,052	- 0,082
	(0,006)	(0,004)	(0,004)	(0,024)
Innen- bzw. umweltspezifisches Issue	- 0,060	- 0,056	- 0,029	- 0,097
	(0,007)	(0,005)	(0,004)	(0,014)
Pseudo-R^2	0,186	0,423	0,216	0,289
		2. Richtungsmodell[2)]		
Sozio-ökonomisches Issue	0,039	0,074	0,050	0,081
	(0,006)	(0,005)	(0,004)	(0,019)
Innen- bzw. umweltspezifisches Issue	0,059	0,067	0,030	0,071
	(0,007)	(0,005)	(0,003)	(0,014)
Pseudo-R^2	0,182	0,394	0,217	0,282

[1)] Die Analyse bezieht sich auf Befragte mit eigener Meinung zu beiden Issues, die außerdem mindestens die Positionen von CDU/CSU und SPD wahrnahmen und eine Partei wählen wollten, für die sie auch Positionen wahrnahmen. Das sind 1980 40%, 1987 79%, 1994 45% und 1998 37% aller Befragten. Zu allen Koeffizienten wird jeweils der Standardfehler in Klammern angegeben. Die Modelle wurden mit Konstanten für die Parteioptionen der Wahlabsicht berechnet.

[2)] Bezugspunkt jeweils objektiver Status quo.

Die im letzten Abschnitt vorgestellten Issues können für die Entscheidung der einzelnen Wähler unterschiedlich wichtig sein. Darüber geben die issueweise berechneten β-Parameter keine Auskunft. Deshalb soll vorab wenigstens für den Durchschnittswähler geprüft werden, inwieweit das für die jeweilige Bundestagswahl zur Verfügung stehende sozio-ökonomische und das innen- bzw. umweltpolitische Issue für die Wahlabsicht Erklärungskraft hatten und ob diese Erklärungskraft in etwa gleich stark war.

Tabelle 2 gibt Auskunft über die Erklärungskraft von Nähe- und Richtungsmodell im Vergleich, wobei letzteres in der Version mit dem objektiven Status quo als Bezugspunkt gerechnet wurde. Dabei zeigt sich zunächst, dass die Erklärungskraft (Pseudo-R^2) nicht als Kriterium für die Bestimmung des besseren Modells taugt. Zumindest für den Durchschnittswähler stellt sich heraus, dass beide Modelle ziemlich genau dieselbe Erklärungskraft besitzen. Zu einem großen Teil dürfte sich das dadurch erklären, dass Nähe und Richtung dieselbe Wahlabsicht voraussagen (vgl. speziell dazu Tomz und Houweling 2008). Insgesamt üben beide Issues jeweils einen signifikanten Einfluss auf die Wahlabsicht aus. Wenn ein Issue nach dem Nähemodell einen größeren Einfluss hat als das andere Issue, wiederholt sich das, mit Ausnahme von 1998, auch für das Richtungsmodell. Für die weitere Analyse ist wichtig, dass die Größenordnung der Effektkoeffizienten für beide Issues ziemlich ähnlich ist. Auf diese Weise lässt sich abschätzen, dass wir keinen zu großen Fehler in Kauf nehmen, wenn wir im Folgenden bei der Berechnung der issuespezifischen β-Parameter auf Salienzgewichte verzichten.

Das β nach Formel (3) drückt das Verhältnis des Nähe- zum Richtungskriterium aus. Je näher dieser Wert bei 1 ist, desto größer ist das Gewicht des Nähekriteriums. Wir werden β frei berechnen, ohne Vorgabe des Intervalls [0,1]; deshalb können Werte größer 1 auftreten, die wir als 1 interpretieren. Für die Berechnung formen wir Gleichung (3) wie folgt um:

$$(5) \quad U_{ij} = \beta \left(-x_i^2 - p_{ij}^2 \right) + 2\, x_i\, p_{ij}$$

Schätzt man eine normale Gleichung für ein statistisches Modell diskreter Entscheidung mit den jeweiligen Parteien als Wahlalternativen, so resultiert unter Einschluss einer Konstanten:

$$(6) \quad U_{ij} = \alpha_j + \beta_1 \left(-x_i^2 - p_{ij}^2 \right) + \beta_2 \left(2\, x_i\, p_{ij} \right) + e_{ij}$$

Setzt man das ursprüngliche $\beta = \beta_1 / \beta_2$, kann man aus (6) wieder Gleichung (3) gewinnen, weil eine Division von (6) durch β_2 eine erlaubte monotone Nutzentransformation darstellt (vgl. Herrmann 2005: 112).

Wie bereits beim Vergleich von Nähe- und Richtungsmodell in Tabelle 2 kann man auch den Vergleich der Bezugspunkte nach Rabinowitz und Grofman in Tabelle 3 nicht nach der unterschiedlichen Erklärungskraft der Modelle entscheiden. Ihr Pseudo-R^2 wird dieses Mal sogar frühestens auf der dritten Nachkommastelle ungleich. Auffällig ist aber, dass sich die Verwendung des objektiven Status quo dort, wo er vom mittleren Skalenwert abweicht, durchwegs zugunsten des

Tabelle 3: Issue-spezifische Beta-Parameter für mittleren Skalenwert und Status quo als Bezugspunkt: Eine konditionale Logit-Analyse[1)]

Jahr:	1980	1987	1994	1998
		1. Mittlere Skalenwerte als Status quo		
Sozio-ökonomisches Issue	0,970	0,715	0,856	0,627
Innen- bzw. umweltspezifisches Issue	0,598	0,528	- 0,247	0,730
Pseudo-R^2	0,187	0,424	0,219	0,290
		2. Objektiver Status quo[2)]		
Sozio-ökonomisches Issue	0,897	**0,962**	0,763	**0,733**
Innen- bzw. umweltspezifisches Issue	**1,196**	0,484	**0,933**	0,721
Pseudo-R^2	0,188	0,424	0,217	0,290
		3. Subjektiver Status quo[2)]		
Sozio-ökonomisches Issue	-	**1,062**	-	**-**
Innen- bzw. umweltspezifisches Issue	**-**	0,484	**-**	-
Pseudo-R^2	-	0,424	-	-

[1)] Bedeutung der Issues siehe Tabelle 1. Die Modelle wurden mit Konstanten für die Parteioptionen der Wahlabsicht berechnet.

[2)] Parameter für Status quo fett, wenn er vom mittleren Skalenwert abweicht.

Nähemodells auswirkt, was an dem deutlich höheren β-Wert im Vergleich zu dem für den mittleren Skalenwert zu erkennen ist. Die Verwendung des mittleren Skalenwerts wirkt sich schwerpunktmäßig zugunsten des Rabinowitz-Modells aus. Dagegen ist mit einer Ausnahme beim Grofman-Modell der β-Wert sehr nahe an 1, was für ein geringes Abdiskontieren spricht.

Der niedrigste β-Wert tritt bei Verwendung des objektiven Status quo 1987 für das umweltpolitische Issue auf. Dabei ging es, ein Jahr nach Tschernobyl, um die Frage, ob man die deutschen Kernkraftwerke sofort abschalten solle oder ob man die Kernenergie weiter ausbauen solle. Beide Extrempunkte lagen den etablierten Parteien, zu denen die Grünen damals noch nicht gehörten, ziemlich fern. Nach dem Grofman-Modell lässt sich das gut als Anlass für die Wähler zu einem stärkeren Abdiskontieren interpretieren. Diese Interpretation wird auch durch die β-Werte für die 1998er Issues gestützt. In diesem Fall reichte die den Befragten vorgelegte Skala nicht wie üblich von 1 bis 7, sondern bei Spitzensteuersatz von 20 bis 80 und für die europäische Integration sogar von 1 bis 100; außerdem wurde den Befragten der Status quo mitgeteilt. Diese Fragenversion ist somit sehr weit von einem Likert-Format entfernt. Trotzdem sind die beiden β-Werte niedriger als bei den Issues auf Basis der 7er Skalen, sieht man von der Ausnahme für das Kernenergie-Issue ab. Inhaltlich interpretieren wir diesen Sachverhalt für 1998 so, dass für die Befragten mehr Anlass zum Abdiskontieren gegeben war als in den anderen Fällen. Gerade dieser Vergleich mit den Skalen für

1998 stützt das Grofman-Modell. Ein kleinerer β-Wert kann im Rahmen des Grofman-Modells nicht als Bestätigung des Rabinowitz-Modells aufgefasst werden, denn sonst müssten die Ergebnisse mit einer stärkeren emotionalen Involviertheit der Befragten zusammenhängen. Ob dies z.B. ausgerechnet beim Spitzensteuersatz der Fall ist, mag bezweifelt werden.

Bei dem sozio-ökonomischen Issue 1987 wurden die Befragten auch um ihre subjektive Wahrnehmung der Lage des Status quo auf der vorgegebenen 7er Skala gebeten (siehe Tabelle 1). Verwendet man diese subjektive Einschätzung an Stelle des objektiven Status quo als Bezugspunkt, resultiert ein β-Wert von 1,062, der somit das Richtungskriterium noch stärker als der ursprüngliche Wert von 0,962 unwichtig erscheinen lässt. Da es bei der *discounting* Theorie um die individuellen Einschätzungen der einzelnen Wähler geht, wäre generell der subjektive dem objektiven Status quo vorzuziehen. Dass auch letzterer nicht in die Irre führt, zeigt sich daran, dass beide Werte in dieselbe Richtung deutlich von den Ergebnissen für den mittleren Skalenwert abweichen.

5 Schlussfolgerungen

Mit den Mitteln der Sekundäranalyse ist kein experimentum crucis zwischen dem ursprünglichen Richtungsmodell von Rabinowitz und dem Nähemodell nach Downs möglich. Dazu bedürfte es einer eigenen Datenbasis, in der die unterschiedlichen Konzeptionen des Politikraums angemessener als mit den üblichen 7er Skalen umgesetzt werden.

Nähe und Richtung sind allerdings keine sich gegenseitig ausschließende Kriterien der Politikwahl. Angefangen mit dem gemischten Modell von Rabinowitz und Macdonald (1989), über das repräsentative Politikführungsmodell von Iversen (1995) und das Diskontierungsmodell von Grofman (1985) bis zu den neueren Modellen von Kedar (2005a) und Henning mit Mitautoren (2007) wurde sowohl theoretisch als auch empirisch gezeigt, dass beide Kriterien sich gegenseitig ergänzen, dass aber die Interpretation dessen, was Nähe und vor allem Richtung bedeutet, von der einzelnen Verhaltenstheorie und deren Konzeptualisierung des Politikraums abhängt. Auf der einen Seite steht die Konzeption von Iversen, der auf der ursprünglichen Richtungstheorie von Rabinowitz aufbaut und die ad hoc Annahme einer Region der Akzeptierbarkeit durch das Kriterium der Nähe ersetzt, wonach jeder Wähler seine eigene Region der Akzeptierbarkeit besitzt, so dass Parteien um seinen Idealpunkt Vorteile genießen. Als paradigmatisch für die Downs'sche Konzeption des Politikraums haben wir hier die Diskontierungstheorie von Grofman behandelt. Danach wählt man unter Umständen nicht die nächste Partei, weil unter Berücksichtigung eines Diskontfaktors diese nächste Partei in der Regierungspraxis nicht das erreichen wird, was der idealen Politik des einzelnen Wählers entspricht. Diese Interpretation unserer empirischen Ergebnisse widerspricht den Daten nicht. Damit haben wir bewiesen, dass als Bezugspunkt für die Bestimmung der Richtung der Politik der Status quo dienen kann, der nicht immer und unbedingt dem mittleren Skalenwert entsprechen muss. Die Erklärungskraft dieses Modells wird gegenüber der Standardlösung des Richtungsmodells nicht verschlechtert, wonach zwingend der mittlere Skalenwert der sozialpsychologisch interpretierte Ankerpunkt für das

Urteil ist, ob man für oder gegen eine bestimmte Politik ist. Ein vom mittleren Skalenwert abweichender Bezugspunkt geht nach unseren Ergebnissen zu Lasten des Richtungskriteriums.

Allgemein kann man unsere Ergebnisse als Bestätigung der großen Bedeutung des Nähekriteriums auffassen. Abdiskontieren und damit stärkeres Richtungswählen kommt zwar vor, im Normalfall scheinen die Wähler aber dem Nähekriterium den Vorzug einzuräumen. Im Downs'schen Politikraum ist das insofern nachvollziehbar, als die Wahl der nächsten Partei auch expressives Verhalten sein kann, während die Richtungswahl strategische Überlegungen voraussetzt, die dem Durchschnittswähler ferner liegen.

Wenn sich das Nähekriterium empirisch als so bedeutsam herausgestellt hat und wenn es für das Richtungskriterium auch eine strategische Interpretation gibt, die gerade nicht für diffuse Politikpräferenzen in der Interpretation von Rabinowitz und Macdonald spricht, spricht nach unserer Analyse auch wenig für die ursprüngliche Richtungstheorie. Schließlich sollte man nicht vergessen, dass bisherige positivere Befunde auf einer Interpretation der 7er Skalen beruhen, die man auch als Fehlinterpretation sehen kann. Eine eigene Datenbasis wurde mit Ausnahme von Iversen für diese Theorie nie erschlossen.

Literaturverzeichnis

Adams, James F.; Merrill III, Samuel, and Grofman, Bernard. A Unified Theory of Party Competition: A Cross-National Analysis Integrating Spatial and Behavioral Factors. Cambridge: Cambridge University Press; 2005.

Benoit, Kenneth and Laver, Michael. Party policy in modern democracies. London: Routledge; 2006.

Bräuninger, Thomas and Debus, Marc. Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundespolitik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern. Politische Vierteljahresschrift. 2008; 49(2):309-338.

Bündnis 90/Die Grünen. Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998. Bonn: Bündnis 90 Die Grünen; 1998.

---. Programm zur Bundestagswahl 1994. Bündnis 90/Die Grünen; 1994.

CDU/CSU. 1998-2002. Wahlplattform von CDU und CSU. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle; 1998.

---. Das Wahlprogramm von CDU und CSU für die Bundestagswahl 1987. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle; 1987.

---. Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt. Wahlprogramm der CDU und CSU für die Bundestagswahl 1980. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle; 1980.

---. Wir sichern Deutschlands Zukunft. Regierungsprogramm von CDU und CSU. Bonn: CDU-Bundesgeschäftsstelle; 1994.

Die Grünen. Bundestagswahl 1987. Farbe bekennen. Bonn: Die Grünen; 1987.

Diekmann, Andreas. Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt; 2004.

Downs, Anthony. Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck); 1968.

Eckstein, Gabriele and Pappi, Franz Urban. Die öffentliche Meinung zur Europäischen Währungsunion bis 1998: Befund, geldpolitische Zusammenhänge und politische Führung in Deutschland. Zeitschrift Für Politik. 1999; 46:298-334.

Enelow, James M. and Hinich, Melvin J. The Spatial Theory of Voting. An Introduction. Cambridge: Cambridge University Press; 1984.

F.D.P. Es ist Ihre Wahl. Das Wahlprogramm der Liberalen zur Bundestagswahl 1998. Sankt Augustin: liberal-Verlag; 1998.

---. Liberal denken. Leistung wählen. Das Programm der F.D.P. zur Bundestagswahl 1994. Sankt Augustin: liberal-Verlag; 1994.

---. Wahlprogramm der Freien Demokratischen Partei für die Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980. Bonn: liberal-Verlag; 1980.

---. Zukunft durch Leistung. Die Wahlplattform der F.D.P. zur Bundestagswahl 1987. Bonn: Freie Demokratische Partei; 1987.

Garding, Hartmut. Rationalität oder Rationalisierung - Möglichkeiten und Wege der Issueanalyse -. Köln: Universität zu Köln; 1978.

Grofman, Bernard. The neglected role of the status quo in models of issue voting. Journal of Politics. 1985; 47:230-237.

Henning, Christian; Hermann, Michael, and Shikano, Susumu. Political environment and voter behavior. A spatial theory of outcome oriented voting. World Meeting of the Public Choice Societies. 2007. Amsterdam.

Herrmann, Michael. Moderat bevorzugt, extrem gewählt. Zum Zusammenhang von Präferenz und Wahlentscheidung in räumlichen Modellen sachfragenorientierten Wählens. Politische Vierteljahresschrift. 2008; 49(1):20-45.

---. Räumliche Modelle der Parteienbewertung: Theorie und empirische Überprüfung von Richtungs- und Distanzmodellen unter Anwendung des Rank Ordered Logit. Mannheim: Universtätsbibliothek Mannheim [Mannheimer sozialwissenschaftliche Abschlussarbeiten / Nr. 001]; 2005.

Hinich, Melvin J. and Munger, Michael C. Analytical Politics. Cambridge: Cambridge University Press; 1997.

Iversen, Torben. Political leadership and representation in West European democracies: A test of three models of voting. American Journal of Political Science. 1994; 38(1):45-74.

Kedar, Orit. How diffusion of power in parliaments affects voter choice. Political Analysis. 2005a; 13:410-429.

---. When moderate voters prefer extreme parties: Policy balancing in parliamentary elections. American Political Science Review. 2005b; 99(2):185-199.

Klein, Markus. Wählen als Akt expressiver Präferenzoffenbarung. Frankfurt: Peter Lang; 2002.

Laver, Michael and Hunt, Ben W. Policy and Party Competition. New York und London: Routledge; 1992.

Macdonald, Stuart Elaine; Listhaug, Ola, and Rabinowitz, George. Issues and party support in multiparty systems. American Political Science Review. 1991; 85(4):1107-1131.

Macdonald, Stuart Elaine; Rabinowitz, George, and Listhaug, Ola. On attempting to rehabiliate the proximity model: Sometimes the patient just can´t be helped. The Journal of Politics. 1998; 60(3):653-690.

Macdonald, Stuart Elaine; Rabinowitz, George, and Listhaug, Ola. Political sophistication and models of issue voting. British Journal of Political Science. 1995; 25:453-483.

Merrill III, Samuel and Grofman, Bernard. A Unified Theory of Voting : Directional and Proximity Spatial Models. Cambridge: Cambridge University Press; 1999.

Page, Benjamin I. and Brody, Richard A. Policy Voting and the Electoral Process: The Vietnam War Issue. American Political Science Review. 1972; 66(3):979-995.

PDS. Opposition gegen Sozialabbau und Rechtsruck. Wahlprogramm der PDS 1994. PDS; 1994.

---. Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998. Berlin: PDS; 1998.

Rabinowitz, George and Macdonald, Stuart Elaine. A directional theory of issue voting. American Political Science Review . 1989; 83(1):93-122.

SPD. Arbeit, Innovation und Gertechtigkeit. SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 1998. Bonn: Vorstand der SPD; 1998.

---. Das Regierungsprogramm der SPD. Reformen für Deutschland. Bonn: SPD-Parteivorstand; 1994.

---. Sicherheit für Deutschland. Wahlprogramm 1980. Bonn: Vorstand der SPD; 1980.

---. Zukunft für alle - arbeiten für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Regierungsprogramm 1987-1990 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bonn: Vorstand der SPD; 1987.

Tomz, Michael and Van Houweling, Robert P. Candidate Positioning and Voter Choice. American Political Science Review. 2008; 102(3):303-318.

Warwick, Paul V. Proximity, directionality, and the riddle of relative party extremeness. Journal of Theoretical Politics. 2004; 16(3):263-287.

Westholm, Anders. Distance versus Direction: The Illusory Defeat of the Proximity Theory of Electoral Choice. American Political Science Review. 1997; 91(4):865-884.

Anhang

1980: sozioökonomisches Issue

Nr.

16A Und nun zu einigen Themen, die im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben.

Beginnen wir mit dem Problem der **Rentenversorgung**.
Renten können nach dem Versicherungsprinzip oder nach dem Bedarfsprinzip bezahlt werden.

Beim Versicherungsprinzip richtet sich die Höhe der Rente allein nach dem, was man **selbst einbezahlt** hat.

Beim Bedarfsprinzip wird auf **Kosten der Allgemeinheit** eine bedarfsgerechte Basisrente garantiert.
Die Berechnungsgrundlage für diese Basisrente sind 75 Prozent des Durchschnittseinkommens aller Versicherten.

Wie ist Ihre Meinung :
Nach welchem Prinzip sollen die Renten bezahlt werden?
Sie können Ihre Meinung mit Hilfe dieser Skala ausdrücken.

Skala 1 vorlegen!

Der Wert 1 bedeutet, daß Sie bei den Renten allein für das Versicherungsprinzip sind.
Der Wert 7, daß für Sie die Basisrente Vorrang hat.
Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

16B Und wo steht Ihrer Meinung nach die CDU/CSU auf dieser Skala, wenn es um die Renten geht?
Wofür glauben Sie, tritt die CDU/CSU ein?

16C Und wie ist es mit der SPD? Was glauben Sie?

16D Und die FDP?

		Skalenwert 1	2	3	4	5	6	7	Weiß nicht
v84 16A	Eigene Meinung	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
v85 16B	CDU/CSU	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
v86 16C	SPD	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
v87 16D	FDP	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

1980: innenpolitisches Issue

Nr.

17A Und nun zum Terrorismus.
Zur Bekämpfung des **Terrorismus** sind in den letzten Jahren einige Strafrechtsverschärfungen beschlossen worden.
So kann der Kontakt von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt für 30 Tage unterbunden werden.
Jetzt sagen einige Politiker, man sei mit den eingeführten Strafrechtsverschärfungen zu weit gegangen.

Wie ist Ihre Meinung:
Sind Sie eher für die eingeführte Strafrechsverschärfung
o d e r
eher gegen die eingeführte Strafrechtsverschärfung?

Skala 2 vorlegen!

Bitte sagen Sie es wieder anhand der Skala.
Der Wert 1 bedeutet, daß Sie für die eingeführte Strafrechtsverschärfung sind,
der Wert 7, daß Sie gegen die eingeführte Strafrechtsverschärfung sind.
Mit den Zwischenwerten können Sie Ihre Meinung abstufen.

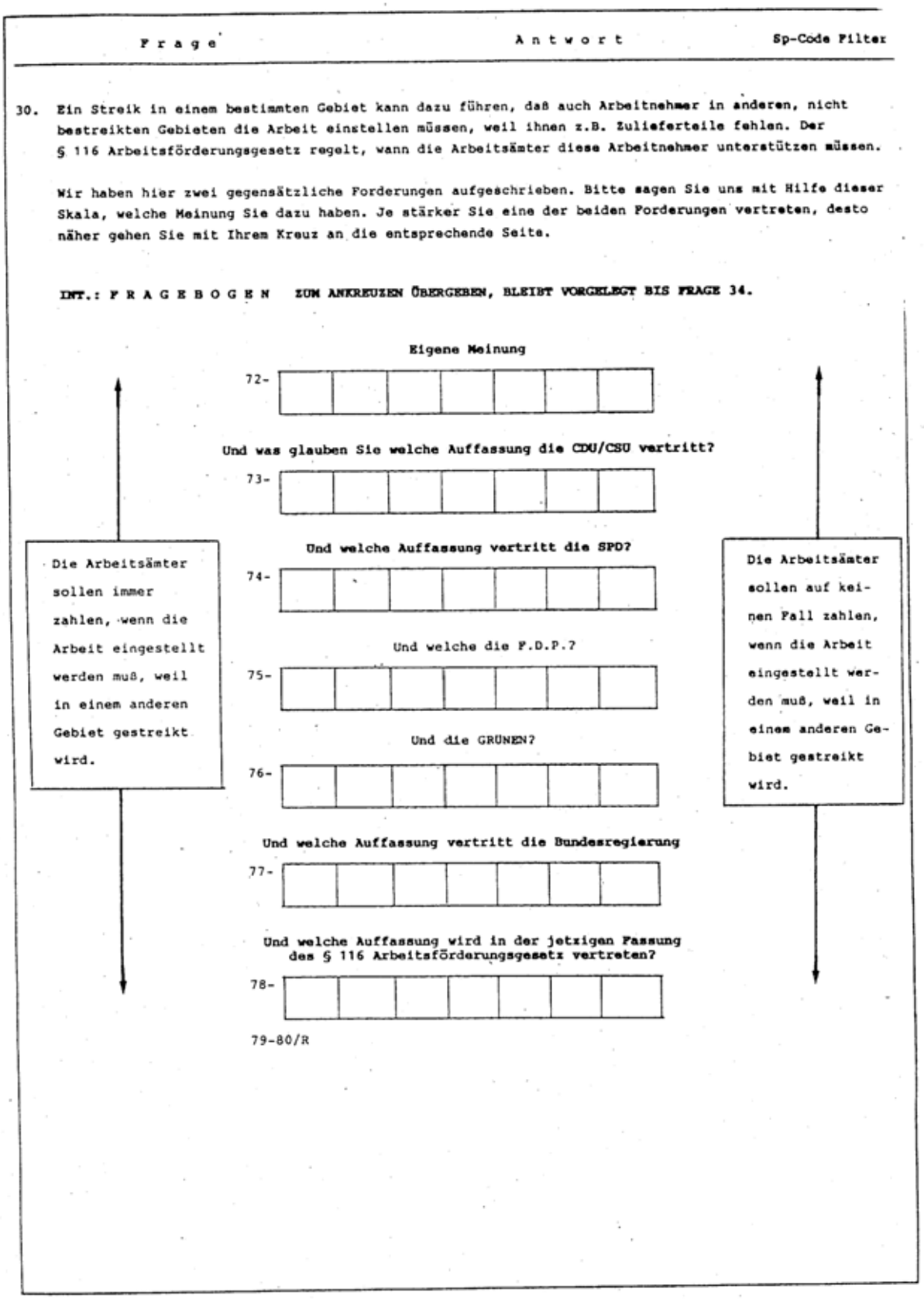
17B Und wie steht Ihre Meinung nach die CDU/CSU dazu?

17C Und wie ist es mit der SPD?

17D Und die FDP?

			Skalenwert 1	2	3	4	5	6	7	Weiß nicht
17A	Eigene Meinung	v88	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
17B	CDU/CSU	v89	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
17C	SPD	v90	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
17D	FDP	v91	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

1987: sozioökonomisches Issue



Frage | Antwort | Sp-Code Filter

30. Ein Streik in einem bestimmten Gebiet kann dazu führen, daß auch Arbeitnehmer in anderen, nicht bestreikten Gebieten die Arbeit einstellen müssen, weil ihnen z.B. Zulieferteile fehlen. Der § 116 Arbeitsförderungsgesetz regelt, wann die Arbeitsämter diese Arbeitnehmer unterstützen müssen.

Wir haben hier zwei gegensätzliche Forderungen aufgeschrieben. Bitte sagen Sie uns mit Hilfe dieser Skala, welche Meinung Sie dazu haben. Je stärker Sie eine der beiden Forderungen vertreten, desto näher gehen Sie mit Ihrem Kreuz an die entsprechende Seite.

INT.: F R A G E B O G E N ZUM ANKREUZEN ÜBERGEBEN, BLEIBT VORGELEGT BIS FRAGE 34.

Die Arbeitsämter sollen immer zahlen, wenn die Arbeit eingestellt werden muß, weil in einem anderen Gebiet gestreikt wird.

Die Arbeitsämter sollen auf keinen Fall zahlen, wenn die Arbeit eingestellt werden muß, weil in einem anderen Gebiet gestreikt wird.

Eigene Meinung

72-

Und was glauben Sie welche Auffassung die CDU/CSU vertritt?

73-

Und welche Auffassung vertritt die SPD?

74-

Und welche die F.D.P.?

75-

Und die GRÜNEN?

76-

Und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung

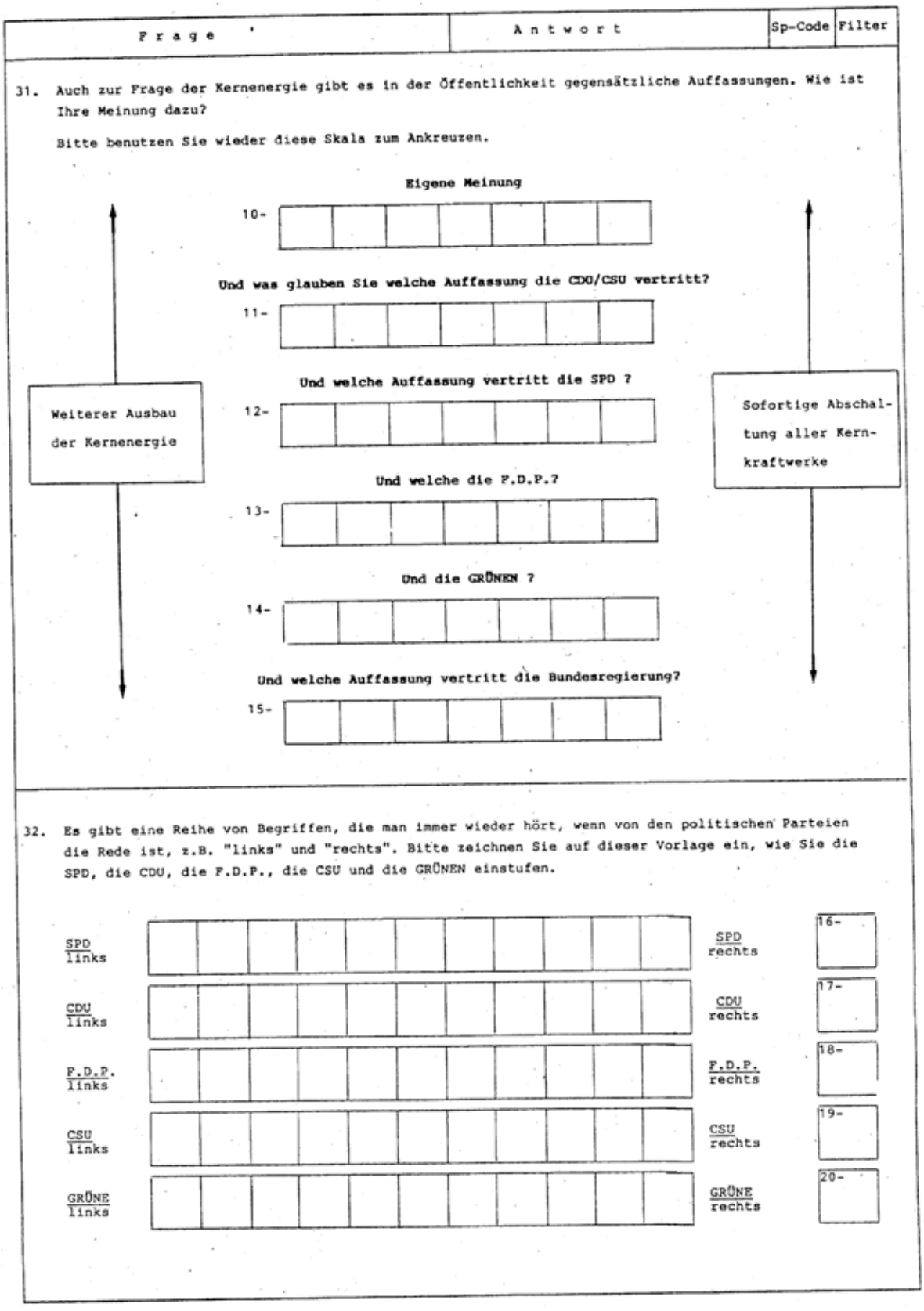
77-

Und welche Auffassung wird in der jetzigen Fassung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz vertreten?

78-

79-80/R

1987: umweltpolitisches Issue



Frage	Antwort	Sp-Code	Filter

31. Auch zur Frage der Kernenergie gibt es in der Öffentlichkeit gegensätzliche Auffassungen. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Bitte benutzen Sie wieder diese Skala zum Ankreuzen.

Weiterer Ausbau der Kernenergie

Sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke

Eigene Meinung 10-

Und was glauben Sie welche Auffassung die CDU/CSU vertritt? 11-

Und welche Auffassung vertritt die SPD ? 12-

Und welche die F.D.P.? 13-

Und die GRÜNEN ? 14-

Und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung? 15-

32. Es gibt eine Reihe von Begriffen, die man immer wieder hört, wenn von den politischen Parteien die Rede ist, z.B. "links" und "rechts". Bitte zeichnen Sie auf dieser Vorlage ein, wie Sie die SPD, die CDU, die F.D.P., die CSU und die GRÜNEN einstufen.

SPD links	SPD rechts	16-
CDU links	CDU rechts	17-
F.D.P. links	F.D.P. rechts	18-
CSU links	CSU rechts	19-
GRÜNE links	GRÜNE rechts	20-

1994: sozioökonomisches Issue

Nr. | Weiter mit

87A Zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Deutschland gibt es verschiedene Vorschläge.
Die einen schlagen ein massives Arbeitsbeschaffungsprogramm des Staates vor, das mit höheren Steuern und einer höheren staatlichen Schuldenaufnahme bezahlt wird.
Andere wollen durch Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen, wie flexiblere Regelungen für Arbeitszeit und Entlohnung oder steuerliche Entlastung der Unternehmen erreichen, daß die Unternehmen selbst wieder mehr Leute einstellen.

Skala 87A vorlegen und bis Frage 87B liegenlassen!

Wie ist Ihre Meinung?

- Sind Sie für ein massives Arbeitsbeschaffungsprogramm des Staates, dann geben Sie bitte den Skalenwert 1 an.
- Sind Sie für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen, geben Sie bitte den Skalenwert 7 an.

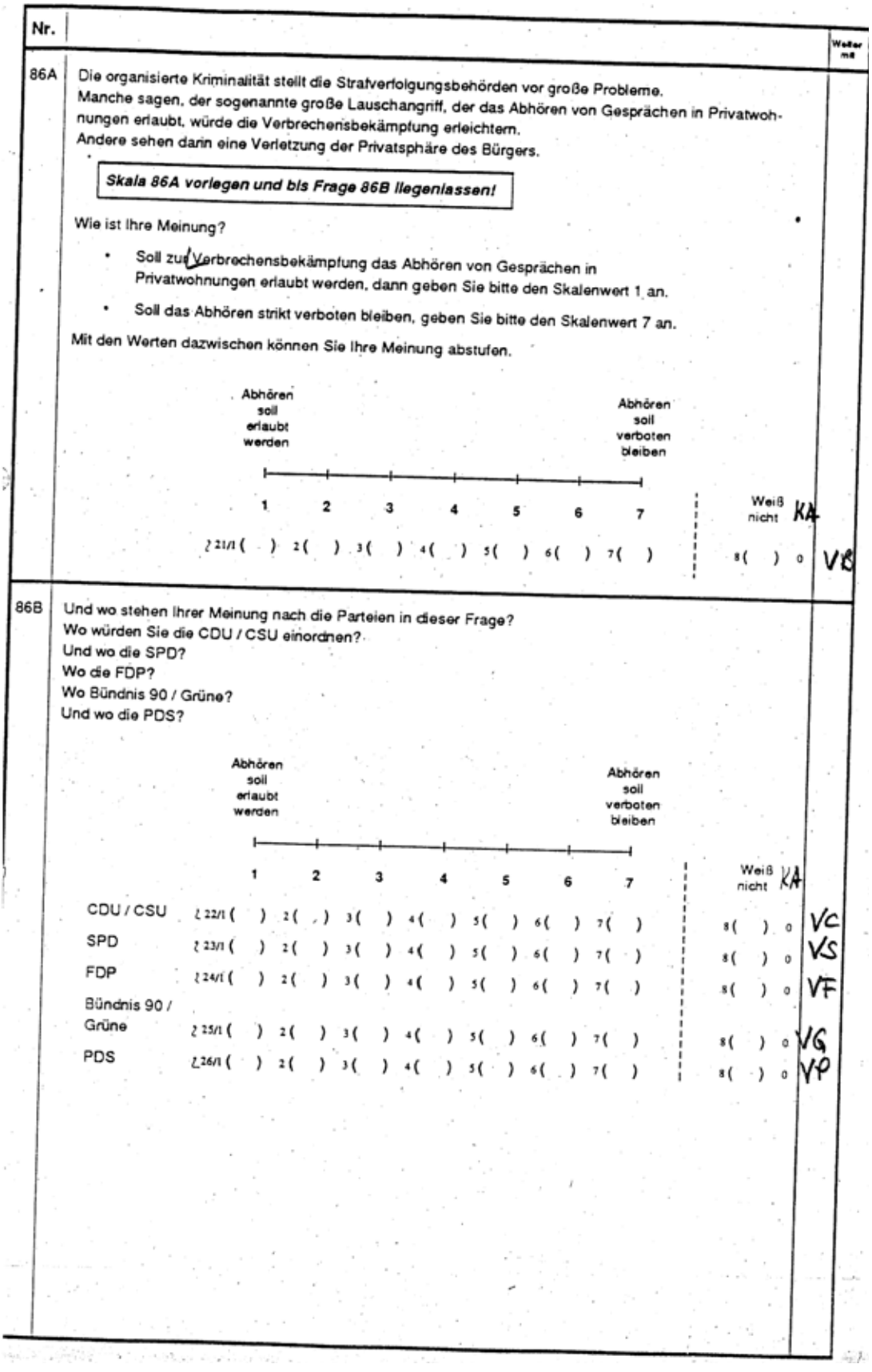
Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

	Massives Arbeitsbeschaffungsprogramm des Staates						Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen	Weiß nicht	
	1	2	3	4	5	6	7		
	¿27/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( )	0 AB

87B Wo stehen Ihrer Meinung nach die Parteien mit ihren Vorschlägen zum Abbau der Arbeitslosigkeit?
Wo würden Sie die CDU / CSU einordnen?
Und wo die SPD?
Wo die FDP?
Wo Bündnis 90 / Grüne?
Und wo die PDS?

	Massives Arbeitsbeschaffungsprogramm des Staates						Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen	Weiß nicht	
	1	2	3	4	5	6	7		
CDU / CSU	¿28/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( )	0 AC
SPD	¿29/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( )	0 AS
FDP	¿30/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( )	0 AF
Bündnis 90 / Grüne	¿31/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( )	0 AG
PDS	¿32/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( )	0 AP

1994: innenpolitisches Issue



Nr.

Weiter mit

86A Die organisierte Kriminalität stellt die Strafverfolgungsbehörden vor große Probleme.
Manche sagen, der sogenannte große Lauschangriff, der das Abhören von Gesprächen in Privatwohnungen erlaubt, würde die Verbrechensbekämpfung erleichtern.
Andere sehen darin eine Verletzung der Privatsphäre des Bürgers.

Skala 86A vorlegen und bis Frage 86B liegenlassen!

Wie ist Ihre Meinung?

- Soll zur Verbrechensbekämpfung das Abhören von Gesprächen in Privatwohnungen erlaubt werden, dann geben Sie bitte den Skalenwert 1 an.
- Soll das Abhören strikt verboten bleiben, geben Sie bitte den Skalenwert 7 an.

Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

	Abhören soll erlaubt werden						Abhören soll verboten bleiben	Weiß nicht
	1	2	3	4	5	6	7	KA
? 21/1	( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( ) 0

86B Und wo stehen Ihrer Meinung nach die Parteien in dieser Frage?
Wo würden Sie die CDU / CSU einordnen?
Und wo die SPD?
Wo die FDP?
Wo Bündnis 90 / Grüne?
Und wo die PDS?

	Abhören soll erlaubt werden						Abhören soll verboten bleiben	Weiß nicht
	1	2	3	4	5	6	7	KA
CDU / CSU	? 22/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( ) 0
SPD	? 23/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( ) 0
FDP	? 24/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( ) 0
Bündnis 90 / Grüne	? 25/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( ) 0
PDS	? 26/1 ( )	2( )	3( )	4( )	5( )	6( )	7( )	8( ) 0

1998: sozioökonomisches Issue

[Q04]

Bei der Lohn- und Einkommensteuer geht es um das Problem, wieviel der Staat von dem, was man verdient hat, einbehalten soll. Der Spitzensteuersatz ist dabei derjenige Steuersatz, der ab einem bestimmten höheren Einkommen angewandt wird. Wäre er 0%, müßte niemand Lohn- oder Einkommensteuer zahlen, wäre er 100%, müßten die Besserverdienenden ihr gesamtes Einkommen ab einer bestimmten Höhe an den Staat abgeben. Beide Lösungen werden von niemandem vertreten. Deshalb reicht unsere Skala nur von 20-80%. Gegenwärtig beträgt der Spitzensteuersatz 53%.

Was denken Sie, wie hoch sollte der Spitzensteuersatz sein?

--> Liste Q04 bitte vorlegen und bis Frage Q04P liegen lassen!

--> Tragen Sie den Wert
(eine ganze Zahl zwischen 20 und 80) hier ein.
--> Falls ""Keine Angabe"" bitte 999 eingeben!

Spitzensteuersatz %

✍: _____

Q04O
IST'K

[Q04_P]

Und wenn Sie jetzt an die deutschen Parteien denken, die CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und die PDS.

Welchen Spitzensteuersatz vertreten Ihrer Meinung nach die einzelnen Parteien?

--> Vorgaben bitte vorlesen!
--> Tragen Sie den Wert (eine ganze Zahl zwischen 20 und 80) hier ein.
--> Falls ""Keine Angabe"" bitte 999 eingeben!

CDU/CSU %

: _____ Q04_PO ISTC

SPD %

: _____ Q04_AO ISTS

FDP %

: _____ Q04_BO ISTF

Bündnis 90/Die Grünen %

: _____ Q04_CO ISTG

PDS %

: _____ Q04_DO ISTP

1998: Europäische Integration

[Q03]

Mit dem Beschluß zur Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro,
wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Europäischen Union weiter vorangetrieben.
Man kann das auf der folgenden Skala von 0-100 darstellen.
Beim Wert 0 ist die Bundesrepublik völlig unabhängig, macht ihre eigene nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik und hat als Währung die D-Mark.
Beim Wert 100 gibt es nur noch e i n e Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Europäischen Union ohne eigenständige deutsche Regelungen.
Die jetzt beschlossene Währungsunion der 11 EU-Staaten haben wir hier auf den Wert 50 gesetzt.

Wie ist Ihre eigene Meinung? Welches Ziel sollte auf Dauer erreicht werden?
Wenn Sie m e h r gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa - über die Währungsunion hinaus -
für richtig halten, wählen Sie bitte einen Wert, der größer ist als 50 bis hin zu 100.
Sind Sie für w e n i g e r gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa,
als sie mit der Währungsunion errreicht ist, wählen Sie bitte einen Wert auf der Skala,
der kleiner ist als 50 bis hin zum Wert 0.

--> Liste Q03 bitte vorlegen und bis Frage Q03P liegen lassen!

--> Tragen Sie den Wert
(eine ganze Zahl zwischen 0 und 100) hier ein.
--> Falls ""Keine Angabe"" bitte 999 eingeben

Ziel

: _____ Q03O

[Q03_P]

Und wenn Sie jetzt an die deutschen Parteien denken, die CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und die PDS.

Welchen Umfang an wirtschafts- und sozialpolitischer Zusammenarbeit in der EU streben Ihrer Meinung die einzelnen Parteien an?

--> Vorgaben bitte vorlesen!
--> Tragen Sie den Wert (eine ganze Zahl zwischen 0 und 100) hier ein.
--> Falls ""Keine Angabe"" bitte 999 eingeben!

Welchen die CDU/CSU ?

✍: _____ Q03_PO IEWC

Welchen die SPD ?

✍: _____ Q03_AO IEWS

Welchen die FDP ?

✍: _____ Q03_BO IEWF

Welchen Bündnis 90/Die Grünen?

✍: _____ Q03_CO IEWG

Welchen die PDS?

✍: _____ Q03_DO IEWP